Die Bourgeoisie [illegible] verzweifelte Lage ausnutzen, um [illegible] Alliierten [illegible] zuzwingen [illegible] geben werden, daß sie dieser Zumutung gegenüber ein kategorisches: Bis hier[illegible] werden.

„Sozialistische Revolution auf deutschen Bajonetten aufzwingen, proletarische Diktatur unter der Schirmvogtei der deutschen Imperialisten — das wäre das ungeheuerlichste, was wir noch erleben könnten. Und obendrein wäre es reine Utopie." [1])

Es ist notwendig, auch festzustellen, daß der Lenin'sche Standpunkt in seinem Briefe an die amerikanischen Arbeiter über die Zulässigkeit, ein Bündnis mit einem kapitalistischen Staat gegen einen anderen zu schließen, nicht ein ständiges Element eines Systems gewesen ist, das sich „Strategie des Leninismus" nennt. Vor dem Uebereinkommen mit dem französischen Imperialismus — von welchem in Lenins Brief an die amerikanischen Arbeiter die Rede war, lehnte Lenin mit nicht kleinerer Entschiedenheit als Rosa Luxemburg die Zulässigkeit und die Zweckmäßigkeit eines solchen Uebereinkommens, gleich mit welchem kapitalistischen Staat sie auch sein möge, ab. Er lehnte z. B. 1917 das Abschließen eines Separatfriedens ab, weil das ein Uebereinkommen mit einer der imperialistischen Gruppen sein würde, und indirekte Unterstützung und ein „faktisches Bündnis" gegen die anderen. In seiner Rede „Ueber den Krieg" vor dem Kongreß der Sowjets Ende Juni 1917, führte er folgendes aus:

„Ueber die Frage des Separatfriedens habe ich schon gesagt, daß wir gegen einen Separatfrieden sind und nach der Resolution unserer Partei kann es absolut keinem Zweifel unterliegen, daß wir ihn ablehnen werden, wie jedes Uebereinkommen mit den Kapitalisten. Für uns ist der Separatfrieden ein Uebereinkommen mit den Räubern.... Keinen Separatfrieden mit den deutschen Kapitalisten werden wir anerkennen und in keine Verhandlungen werden wir eintreten, aber auch keinen Separatfrieden mit den englischen und französischen Imperialisten. . . . Keinen Frieden mit den deutschen Kapitalisten und kein Bündnis mit den Engländern und den Franzosen." [2])

Kurz vor dem Abkommen mit da Lubersac, d. h. mit der französischen Militärkommission in Rußland unter Führung des Generals Noulence, etwa drei Wochen vordem, schrieb Lenin in seinen „Thesen über den Frieden mit Deutschland" (geschrieben am 7. Januar 1918):

Man sagt, die deutschen Gegner des Krieges aus der Sozialdemokratie, sind jetzt „Defaitisten" geworden und bitten uns, keine Konzessionen dem deutschen Imperialismus zu machen. Wir hatten aber den Defaitismus nur gegenüber der eigenen imperialistischen Bourgeoisie anerkannt, und den Sieg über den fremden Imperialismus, den Sieg, der im formellen oder faktischen Bündnis mit dem „verbündeten" Imperialismus erreicht wird, haben wir immer als eine prinzipiell unzulässige und überhaupt untaugliche Methode abgelehnt." [3])

Wir lassen vorläufig den übrigen Teil auf dem hier angeführten Punkt der Leninschen Thesen über den Frieden mit Deutschland kommentarlos und unterstreichen nur die Ablehnung der formellen sowie der faktischen Bündnisse mit einem imperialistischen Lande gegen ein anderes „als eine prinzipiell unzulässige und überhaupt untaugliche Methode".

Die Politik also, die Lenin nach der Oktoberrevolution mit dem Uebereinkommen mit dem französischen Imperialismus gekrönt hat, und die er in seinem Brief an die amerikanischen Arbeiter als eine schlaue Taktik der siegreichen Arbeiterklasse hinzustellen versuchte, war kurz vor dem ihm selbst „als eine prinzipiell unzulässige und überhaupt untaugliche Methode" abgelehnt!

Betrachten wir aber die Begründung, die Lenin dieser von ihm früher abgelehnten Taktik zu geben versucht.

(Schluß folgt.)

[1]) „Spartakusbriefe" Berlin 1920. Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands. S. 183-84.

[2]) N. Lenin. Gesammelte Werke. (Russ.) Bd. 14. 1 Teil. S. 311, 315 u. 317. Staatsverlag Moskau 1923.

[3]) N. Lenin. Gesammelte Werke (Russ.) Bd. 15. S. 66. Staatsverlag. Moskau 1922.

Die Kämpfe in Portugal

Es handelt sich hier lediglich um eine Militärmeuterei, von der die portugiesische Regierung schon am 4. Februar behauptete, daß sie dieselbe ohne größere Kämpfe niedergeschlagen habe. Hierauf aber kamen Nachrichten, daß der Kampf in Lissabon drei Tage gedauert habe, die schwersten Kämpfe haben sich in Oporto abgespielt. Diese Stadt wurde von seiten der eigenen Regierung zwei Nächte und einen Tag lang regelrecht bombardiert. Hierbei gab es 120 Tote und über 400 Verwundete. Am 10. Februar, morgens, mußten sich die Meuterer ergeben. Vielen gelang es jedoch, über die spanische Grenze zu entkommen.

Ueber die Vorgeschichte entnehmen wir bürgerlichen Blättern folgendes: Seit 1910 gab es in Portugal ca. 40 Putsche. Im Sommer vorigen Jahres erhoben sich drei Generale mit ihren Truppen und vertrieben die damalige Regierung. Sie übten dann eine scharfe Militärdiktatur aus. Aber auch unter ihnen selbst entstanden Reibereien, so daß immer einer den andern verhaften ließ. Zuletzt blieb Carmona, der jetzige Kriegsminister, Sieger, nachdem er seinen letzten Rivalen (Costa) einfach auf die Azoren transportieren ließ, einer Inselgruppe, die weit ab von der portugiesischen Küste, im Atlantischen Ozean, liegt.

Carmonas eiligste Tat war, ein Finanzabkommen mit dem Ausland (England) abzuschließen, dem dann ein starker Steuerdruck im Lande folgte.

Nach und nach waren die Minister und Generale der früheren Regierung aus den Gefängnissen entwichen, gewannen einige Truppenteile für sich und inszenierten den jetzigen Aufstand. Es entwickelte sich auch ein fast vollständiger Streik der Eisenbahner. In Lissabon streikten sogar die — — Ministerialbeamten.

Carmona, der auch das Bombardement auf Oporto persönlich leitete, ist diesmal noch Sieger geblieben, wie lange, bleibt abzuwarten.

Das Volk selbst war an diesen Kämpfen nicht, wenigstens nicht aktiv, beteiligt. Der Kampf um Oporto spielte sich jedoch hauptsächlich im Arbeiterviertel ab, und der größte Teil Opfer dürften Proletarier sein.

•

Die portugiesische Regierung bereitet ein Gesetz vor, durch das alle mittelbar und unmittelbar an den Aufständen Beteiligte so stark besteuert werden, daß alle Schäden des Aufstandes gedeckt werden können. Ferner hat der Kriegsminister angekündigt, die Regierung werde Maßnahmen treffen, um die öffentliche Verwaltung auf eine „gesunde" Grundlage zu stellen, die politischen Verbände und Geheimgesellschaften auflösen und das Streikrecht aufzuheben. Auch wurde das Standrecht verhängt!

[1]) „Spartakusbriefe" Berlin 1920. Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands. S. 183-84.

[2]) N. Lenin. Gesammelte Werke. (Russ.) Bd. 14. 1 Teil. S. 311, 315 u. 317. Staatsverlag Moskau 1923.

[3]) N. Lenin. Gesammelte Werke (Russ.) Bd. 15. S. 66. Staatsverlag. Moskau 1922.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Am Dienstag, den 22. Februar 1927, abends 7,30 Uhr, wichtige erweiterte Funktionärsitzung im Lokal Bartsch, Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 21. Pünktliches Erscheinen aller Genossen unbedingt notwendig.

Der BAA.

8. Jahrg. Nr. 15 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Februar 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal

Der „Sieg" in Sachsen

Eine elende Komödie der Gewerkschaften

In dem Konflikt in der sächsischen Metallindustrie wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Die regelmäßige Arbeitszeit ausschließlich aller Pausen beträgt 48 Stunden in der Woche.

2. Abweichend von dieser Regelung kann die Arbeitszeit, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse es unbedingt erfordern, für einzelne Arbeitergruppen, Abteilungen oder für den ganzen Betrieb von der Betriebsleitung im Benehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung bis zu 51 Stunden in der Woche verlängert werden. Diese Ueberarbeit wird durch einen Zuschlag von 10 Prozent bezahlt.

3. Mehrarbeit über die 51. Stunde hinaus ist mit der gesetzlichen Betriebsvertretung zu vereinbaren. Ueberstunden sind diejenigen Arbeitsstunden, die der einzelne Arbeitnehmer an einem Tage über die betrieblich festgesetzte Arbeitszeit hinaus tatsächlich leistet. Diese Ueberstunden werden die erste mit 25 Prozent, alle noch darüber hinausgehenden, auch Nacht-, Sonn- und Feiertag mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Alle Ueberstunden unter Zifer 2 und 3 sind an die vereinbarten Stundenlöhne zu zahlen.

4. Diese Regelung tritt auch Wiederaufnahme der Arbeit in Kraft und ist mit dreimonatiger Frist bis zum Quartalsschluß zum 31. März 1927 kündbar.

5. Maßregelungen dürfen beherrschen nicht stattfinden. Die Arbeitsaufnahme hat unverzüglich zu erfolgen, spätestens aber Montag, den 28. Februar 1927. Die Erklärungsfrist der Parteien unter sich ist Donnerstag, der 24. Februar 1927.

Dieser Schiedsspruch bedeutet die Festlegung der uneingeschränkten Arbeitszeit. Die Arbeitszeit bis zu 51 Stunden braucht nur das „Benehmen" der Betriebsleitung mit den Betriebsräten. Diese werden benachrichtigt, und damit ist der Fall erledigt.

Mehrarbeit über 51 Stunden bedarf der „Vereinbarung" mit den Betriebsräten. Diese „Vereinbarung" wird in keinem Falle Schwierigkeiten machen. Jeder Betriebsrat, der gegen den Stachel tökt, kann von dem Unternehmer jederzeit als tarifbrächig entlassen werden. Ueber 51 Stunden hinaus gibt es 25 Prozent. Es hieße Eulen nach Athen tragen, sollte man erst nachweisen, daß diese Pfennige an dem Hundelohn der Arbeiter an sich nichts ändern.

Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, — aber wenn der Kapitalist einen Proleten auf die Straße werfen will, so findet er auch einen Grund. Es braucht ja nicht gleich zu sein. In der Hauptsache werden die Arbeiter hinausfliegen, die diese dummdreiste Verhöhnung der Gewerkschaften ins richtige Licht rücken. Das sind die Proletarier, die diesen Schwindel durchschauen. Daß sie hinausfliegen, daran haben die Gewerkschaften natürlich selbst das größte Interesse. In diesem Punkte ist also zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften nicht die geringste Differenz vorhanden.

Jetzt ist es ganz klar, warum der erste Schiedsspruch in einer etwas brutaleren Form dasselbe sagte, als der „verbesserte". Die Gewerkschaften mußten ihren „Erfolg" haben. Der erste Schiedsspruch war für die Ablehnung durch die Gewerkschaften bestimmt; er war die Voraussetzung dafür, daß der zweite, der in verklausulierter Form dasselbe besagt, angenommen wird. So haben beide Parteien, die Gewerkschaften und die Kapitalisten, ihren Sieg — über das Proletariat.

Der „Vorwärts" überschreibt diese elende Komödie mit der großen Kualizelle: „Gewerkschaftserfolg in Sachsen — Achtstundentag in Leipzig." Noch einem unglaublich zynischen Lobied auf diesen Schiedsspruch heißt es dann in dem Lobgesang selbst: „Somit ist der Achtstundentag praktisch errungen." Und weiter: „Diese Vereinbarung bedeutet nicht nur einen großen Erfolg für die Leipziger Metallarbeiter und den deutschen Metallarbeiterverband, sondern diesen großen Erfolg für die Gewerkschaftsbewegung überhaupt." Daß also die Gewerkschaften diesen Schiedsspruch annehmen werden, darüber besteht nicht der geringste Zweifel. Die windelweich geschlagenen Kapitalisten ziehen sich verwirrt und kopflos in ihre Stellungen zurück.

•

Wir legen diese Kritik nicht an, um die Illusion zu erwecken, daß eine „bessere Gewerkschaftspolitik", wovon die Granatenpartei dauernd faselt, die Lage des Proletariats bessern könnte. Wir zeigen nur die elenden Manöver reformistischer Trabanten, die an der Lage des Proletariats nichts ändern können, den Bankrott ihrer Politik aber immer noch durch alberne Phrasen verdecken möchten.

Ueber kurz oder lang muß die Schiedsspruch-Praxis und die gesamte Wirtschaftsdemokratie, mit der die Gewerkschaften stehen und fallen, jenen Punkt erreichen, wo es kein Ausweichen mehr gibt, und die Entwicklung selbst dem Proletariat ins Bewußtsein hämmert, daß es der Hungeroffensive des Kapitals nur begegnen kann mit der eigenen Massenaktion, deren Ziel die Zertrümmerung der kapitalistischen Lohnknechtschaft ist. Gerade die „Erfolge" der Gewerkschaften und ihrer Moskauer Zuhälter werden mit dazu beitragen, daß das Proletariat diesen Weg, den ihm die KAPD. und AAU. aufzeigen, gehen wird. Dieser Weg der Massenaktion, der allein aus der kapitalistischen Barbarei führt, geht über die Zertrümmerung der Gewerkschaften.

•

Der Hungerkrieg gegen das Proletariat geht weiter

Gesamtaussperrung der schlesischen Textilarbeiter.

Die schlesischen Textilindustriellen, die bekanntlich bereits in den Bezirken Görlitz und Reichenbach i. Schles. 23 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen wegen Lohnforderungen ausgesperrt haben (die Aussperrung im Bezirk Grünberg mit 11 000 Arbeitern stehe Ende dieser Woche bevor), haben beschlossen, auch die Arbeiterschaft der Bezirke Breslau, Landeshut, Lauban und Neustadt (Oberschl.) auszusperren und zwar soll die Aussperrung in diesen Bezirken am 5. März in Kraft treten. Mit Ablauf dieser Frist würde die gesamte schlesische Textilarbeiterschaft in Stärke von etwa 63 000 Personen ausgesperrt sein.

•

Aussperrung der Holzarbeiter in Württemberg.

Stuttgart, 21. Februar. (TU.) Der Verband württembergischer Holzindustrieller hat beschlossen, wegen Lohnstreitigkeiten in einer Stuttgarter Möbelfabrik die gesamte Holzarbeiterschaft Württembergs auszusperren. Die Aussperrung der Stuttgarter Arbeiterschaft beginnt am 23. Februar, die der übrigen Arbeiter am 26. Februar. Insgesamt werden 7000 Arbeiter von der Aussperrung betroffen.

Schiedsspruchdiktat in Halle.

Halle a. d. S., 15. Februar. (TU.) Heute fanden vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß für Verhandlungen über die Manteltarifbestimmungen für die Tarifgebiete Anhalt-Halle-Magdeburg statt. Es wurde folgender Schiedsspruch gefällt: Die derzeitigen Manteltarifbestimmungen einschließlich des Arbeitszeitabkommens werden bis zum 31. März 1927 verlängert. Die Arbeitgeber haben diesen Schiedsspruch angenommen, während die Arbeitnehmer ablehnten. Die Arbeitgeber haben sofort den Schlichter in Magdeburg wegen Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches angerufen. Dieser hat für Mittwoch vormittag in Halle neue Verhandlungen angesetzt.

Im ganzen Reiche, so auch im oberschlesischen Bergbau, macht sich eine starke Gärung bemerkbar. Die Gewerkschaften haben alle Hände voll zu tun, um die Revolten durch die Siege der Gewerkschaften zu ersticken. Der Anschauungsunterricht, den die wachsende Offensive des Kapitals gibt, wird jedoch den lieben Frieden niemals mehr zulassen, dem diese, wenn auch momentan noch hilflosen Rebellionen sind die Scheinwerfer, die die Büttel-Rolle der Gewerkschaften besser beleuchten, als tausend Reden.

Im Zuchthaus zu Tode gequält

Der „Vorwärts" vom 22. Februar bringt folgende Meldung: Sozialdemokratische Abgeordnete haben im Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht:

„Im Zuchthaus in Groß-Strehlitz O.-S. wurde der 26jährige Strafgefangene Johann Baude gemäß einer Mitteilung der Direktion an seine Mutter vom 18. Januar 1927 in seiner Zelle erhängt aufgefunden. Nach der Darstellung eines kürzlich aus dem Zuchthaus entlassenen Strafgefangenen soll der Tote jedoch den Folgen schwerer Mißhandlungen durch Anstaltsbeamte erlegen und bereits am Nachmittage des 17. Januar gestorben sein. Diese Behauptung wird durch Veröffentlichungen aus dem Notizbuch Baudes im „Volksblatt für Spandau und Havelland" vom 5. Februar 1927 gestützt.

Diese Anfrage der sozialdemokratischen Bonzen ist natürlich eine elende Heuchelei. Sie sitzen in Mecklenburg an der Regierungskrippe und entrüsten sich künstlich darüber, daß während ihrer Regierungsherrlichkeit die Gefängnisknechte politische Gefangene erschlagen können wie die Hunde. Eine noch größere Heuchelei ist jedoch das Geschrei der KPD.: „Rettet die politischen Gefangenen." Sie unterstützt seit Jahr und Tag diese sozialdemokratische Henkerregierung und hat dieselbe erst vor einigen Wochen erneut durch Stimmenthaltung gerettet, ohne daß sie auch nur ein einziges Mal sich von den Verzweiflungsschreien aus den Zuchthäusern stören läßt.

Der Fall D'Aragona

Führer-Lumperei oder zwangsläufiges Resultat der Gewerkschaftspolitik in der sozialrevolutionären Epoche?

Eines steht fest: der Uebergang prominenter italienischer Gewerkschaftsführer ins Lager der faschistischen Diktatorenbande ist selbst vom rechtesten reformistischen Standpunkte aus kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Amsterdamer Gewerkschaften. Denn jeder Proletarier, so bedingungslos er gegen er auch seinen „bewährten" Gewerkschaftsführern ist, muß den Schritt derer um D'Aragona als einen Faustschlag ins eigene Gesicht empfinden. Ein Bündnis italienischer Gewerkschaftshäupter mit dem Teufel Faschismus: — diese Tatsache kann selbst dem fanatischsten Gewerkschaftssoldaten nicht als ein Vorzeichen kommenden Triumphes über Mussolini erscheinen. Dieser peinlichen Situation mit ihrer neubelebten antifaschistischen Stimmung unter den reformistisch eingestellten Arbeitermassen Rechnung zu tragen, kann auch die sozialdemokratische Presse nicht umhin. Sogar der reformistisch weitherzige „Vorwärts" muß schwarz in schwarz malen, indem er am 9. Februar den „schweren Schritt der Annäherung italienischer Gewerkschaftsführer an den Faschismus" feststellt:

„Wer gewinnt bei dem Handel? Die Antwort lautet für uns entmutigend: Der Faschismus gewinnt. . . Die bestehende und vergewaltigte Gewerkschaftsbewegung gibt von dem Wenigen, was sie gerettet hat, für einen Teil des Ansehens, der Achtung und der Liebe, die ihr die Massen zollten, in das feindliche Lager über. Sie (die Gewerkschaftsbewegung, die Red.) stützt das wankende Gebäude der faschistischen Syndikate durch die letzten ideellen Säulen, die der Verwüstung getrotzt hatten. Der Faschismus erstarkt und brästet sich seiner Fähigkeit, alles in seinen Bankrotz zu ziehen. Die Massen aber bleiben verdutzt und verwirrt stehen, weil sie ihre Führer, die einst an der Seite Matteottis gekämpft haben, heute mit diesen Mördern paktieren sehen. Es will uns daher scheinen, als seien noch dieses die Arbeiter die Geprellten."

Doch der „Vorwärts" will es wahrlich nicht mit seinen Gesinnungsfreunden aus der D'Aragona-Gesellschaft verderben und versichert deshalb (bzw. sein Korrespondent an der Italienischen Grenze):

„Aber man darf das Geschehene nicht nur vom Gesichtspunkte aus bewerten. Unsere Gewerkschaftsführer glauben fest, den Interessen des Proletariats zu dienen, den Faschismus von innen auszuhöhlen. Sie wollen auch in diesen Zeiten politischer Sonnenfinsternis bei den Arbeitern sein, um Schulter an Schulter mit ihnen zu stehen, wenn wieder Tag wird."

In diesem Sinne noch deutlicher wurde Leipart auf der letzten Bundesausschuß-Sitzung des ADGB. Nach dem Bericht des „Vorwärts" vom 16. Februar erklärte er:

„Man muß berücksichtigen, daß jede freie Betätigungsmöglichkeit der italienischen Landeszentrale fehlt. Die alten Gewerkschaftsführer standen daher vor der Alternative, entweder von jeder Betätigung ausgeschlossen zu sein, oder zu versuchen, in den faschistischen Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Es ist jedenfalls nicht ausgeschlossen, über die in langen Jahrzehnten bewährten Führer der italienischen Gewerkschaften vorzeitig den Stab zu brechen."

In der Tat: den Uebertritt namhafter italienischer Gewerkschaftsführer zum Faschismus nicht nur vom Gesichtspunkte aus zu beurteilen, hatten auch wir für eine dringendste Pflicht des Proletariats. Es fällt uns dabei wahrlich nicht im Traume ein, für die faschistischen Amsterdamer Italiens irgend eine Lanze der Verteidigung zu brechen. Doch gerade unsere prinzipielle Feindschaft gegenüber den „freien" Gewerkschaften verbietet uns andrerseits, in das Geschrei der „Roten Fahne": „Leipart solidarisiert mit seinen Lumpen" einzustimmen. Wir müssen — ohne den italienischen Gewerkschaftsbonzen ein Jota ihrer persönlichen Schuld abzumessen — solche Methoden politischer Aufklärung des Proletariats ablehnen, weil objektiv gesehen, die Erklärungen des „Vorwärts" und Leiparts zum „Fall" D'Aragona dem Kern der

Proletarisches Notizbuch

Todesstraße für „Landesverräter".

Die offizielle Parteikorrespondenz der Deutschnat. Volkspartei, der „Nachrichtendienst", fordert eine Verschärfung des § 92 des Strafgesetzbuches (Landesverrat). Dieser Paragraph sieht in seiner jetzigen Fassung Zuchthausstrafen nicht unter zwei Jahren vor für diejenigen, die Staatsgeheimnisse, Festungspläne usw. fremden Regierungen mitteilen oder öffentlich bekanntmachen. Die deutschnationale Korrespondenz fordert eine Verschärfung der Strafandrohung bis zur Todesstrafe. — Das ist auch der beste Schutz für die deutsch-russischen Granatenverschieber. Dann kann die KPD. noch ein bißchen lauter nach „Bewisen" schreien.

In den „Höchster Farbwerken" ist mit einem Streik zu rechnen. Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften sind ergebnislos verlaufen.

Der China-Rummel der KPD. nimmt immer groteskere Formen an. Sie lädt bereits Offiziere der Kuomintang ein, in ihren „Kundgebungen" zu sprechen. Ob diese Offiziere Rittergutsbesitzer sind, spielt gar keine Rolle. Die Hauptsache ist, die Proleten jubeln der bürgerlichen Revolution in China zu und denken nicht an die proletarische Revolution in Deutschland.

Hangtschau gefallen. Wie die Agentur British United Preß aus Schanghai meldet, haben die Kantontruppen die Stadt Hangtschau, die Hauptstadt der Provinz Tschekiang, eingenommen.

Explosion einer Pulverfabrik. In der Pulverfabrik Wartin bei Pirmasens ist die Abteilung Pulverpresse in die Luft geflogen. Zwei Arbeiter sind getötet, einer ist schwer verletzt.

Aus der Bewegung

Rathenow

Die Front der Nationalbolschewisten wankt!

Am 11. 2. 27 hatten die ekkitreuen Leninisten in Rathenow eine öffentliche Versammlung. Verhandlungsthema: Reichsbürgerblock-Regierung und Kongreß der Werktätigen. Ein Berliner Referent hat es auf die neugebildete Rechtsregierung abgesehen, besonders auf den Faschist Keudel. Die übrigen Regierungsmitglieder wurden etwas milder behandelt. Niedere mit der Faschisten-Regierung! Das war das Hauptschlagwort, was er in die Versammlung hineinschleuderte. Die Sozialdemokraten wurden auch angeprangert; die den größten Teil der Schuld an dem Aufkommen einer solchen Regierung tragen. Auch die Schlichtungsordnung und das Arbeitslosenzesetz wurde kritisiert. Der Referent beschäftigte sich auch mit dem Verrat der Gewerkschaftsbürokratie; hieran seien die Arbeiter selbst Schuld, weil gar mancher klassenbewußte Arbeiter es noch nicht begreift, daß er in die Gewerkschaft gehört, um einen Einfluß auf die Verwaltung zu bekommen. Das heilige Sakrament der Werktätigen wurde besonders beweihräuchert, in dem Kongreß der Werktätigen, der positive Arbeit geleistet hätte. Jawohl hätten dort die Kleinbürger gesagt, die Arbeiterschaft, der kleine Kaufmann, der Bauer, der selbständige Gewerbetreibende usw. gehören zusammen. „Es wird vielleicht jemand entgegenhalten", waren seine Worte, „Marx habe im kommunistischen Manifest anders gesagt." Dasselbe sei aber im Jahre 1847 geschrieben und veraltet. Es wurden noch eine ganze Menge reformistische Nebensächlichkeiten verzapft.

Durch ein Flugblatt, von der KAP. im Lokal verteilt, wurde der Referent auf die Sowjetgranaten gebracht. Das wurde selbstverständlich als Schwindel, als Machination des „Vorwärts" bezeichnet, um das Proletariat gegen Rußland, den einzigen Proletarierstaat der Welt, aufzuhetzen. [illegible] Als erster Diskussionsredner sprache ein Genosse der KAPD. Er bemerkte, daß es charakteristisch für eine politische Organisation ist, allemal für eine, die sich als die einzig revolutionäre ausgibt, daß man noch nicht begriffen hat, daß man mit einem Personenwechsel in einer kapitalistischen Regierung die Selbstbefreiung des Proletariats nicht vollziehen kann. Jede Staatsform in der bürgerlichen Gesellschaft, sei der Repräsentant der ökonomisch und politisch herrschenden Klassen, die Beschützerin der Ausbeuterklasse und der Privateigentumsordnung. Die neue Regierung braucht nur die Gesetze zu verwirklichen, die die abgedankte Regierung vorbereitet hat, um auf ihre Rechnung zu kommen. Der Redner erinnerte an die mit der Schlichtungsordnung untrennbar verbundene Tariftreue, wodurch die Gewerkschaftsinstanzen alle gesetzlich verbindliche Schiedssprüche anerkennen müssen, und mögen diese Schandsprüche die Proletarierinteressen noch so sehr mit Füßen treten. Sie müssen sie anerkennen, wollen sie nicht schadenersatzpflichtig gemacht werden. Dadurch seien die Gewerkschaften gezwungen, den Streikbruch zu organisieren; ein Beispiel sei der Verrat am Hamburger Hafenarbeiterstreik.

Auch das famose Arbeitslosengesetz sei nicht das Werk der jetzigen neuen Regierung; sondern die Konstrukteure dieses Gesetzes sitzen in der Generalkommission der Gewerkschaften. Mitverantwortlich für diese Schandgesetze wären auch die Schaumschläger in der „Roten Fahne"-Redaktion durch ihre Parole: „Hinein in die Gewerkschaften." Nie seien die Gewerkschaftskanaillen so brutal in ihrer Nacktheit aufgetreten, als nachdem die Komintern den Weg nach Amsterdam zu den Totengräbern der proletarischen Revolution geebnet habe. Auch der antiparlamentarische Parlamentarismus sei nur ein Mittel, um den Weg zum Opportunismus der KPD. zu verdecken. Das sei durch die Finanzierung der Deutschen Wehrmacht, wo Torgler im Auftrage der KPD. gemeinsam mit den völkischen und anderen Parlamentariern die Anstellung einer Menge hoher Verwaltungsbeamten für Reichswehr und Marine bewilligt habe, charakterisiert. Die Versammlung verhielt sich ziemlich passiv, als jedoch unser Genosse eine Reichstagsrede Rußlands ein Militärbündnis mit der Sowjet-Regierung anbot, kam etwas Leben in die Bude. Durch verschiedene Dokumente lieferte der Diskussionsredner den Beweis, daß die Sowjet-Regierung die Deutsche Reichswehr mit Munition beliefert hat.

Der zweite Diskussionsredner meinte, KPD. und SPD. gehören zusammen. Er konnte nicht begreifen, daß ein KPD.-Redner zur Einheitsfront mit dem Bürgertum ermahnte; soweit wären die Sozialdemokraten trotz ihrer Fehler nicht gegangen.

Im Schlußwort war es selbstverständlich, daß der Referent Schmutzkübel über die KAPD. ausgoß. Es wurde hier etwas näher auf die Sowjetgranaten eingegangen. Der ganze Weltkapitalismus sei im Begriff, einen Krieg gegen Rußland vorzubereiten, demzufolge müsse sich Rußland bewaffnen. Auch die deutsche Regierung würde nicht allein die feindlichen Truppen durchmarschieren lassen, sondern sich aktiv an diesem Krieg beteiligen. Dies sei dadurch dokumentiert, daß sie sich neuerdings westlich orientiert habe. Das Zitat von Zetkin wurde nicht widerlegt. Auf die Bemerkung von Torgler meinte der Referent, die KPD. müsse positive Arbeit leisten. Wenn durch Forderungen Verbesserungen eingeführt werden sollen, so sei es unverfänglich, daß auch für die Völkischen was dabei abfällt. In einer solchen Lage habe sich Torgler befunden. Nach der Versammlung ereignete sich vor dem Versammlungslokal ein eigenartiger Fall. Als 2 Rotfrontkämpfer sich weigerten, mitzumarschieren, indem sie erklärten: „Wir machen den Mist nicht mehr mit, gerieten die Leninisten in eine derartige Wut, daß sie den Diskussionsredner und Flugblattverteiler tätlich angriffen. Der Versammlungsleiter erklärte: „Ihr beiden Lumpen seid durch Eure Hetzereien an allem Schuld." Zur Ehre der Ueberfall beteiligten. Als man den Diskussionsredner prügeln wollte, stellten sich mehrere Frontkämpfer schützend vor ihn, mit der Worten: „Hier wird nicht geprügelt."

Als ein Sipomann auf den Spektakel aufmerksam wurde und erschien, nahm der Skandal sein Ende.

Mitteilungen

Groß-Berlin

17. Bezirk (Lichtenberg). Am Freitag, den 25. Februar 1927, pünktlich 8 Uhr abends: Oeffentliche Mitgliederversammlung im Lokal Bartsch, Neue Bahnhofstr. 20. Thema: „Staat und Revolution." Genossen, macht rege Propaganda.

•

Schöneberg.

Am 24. Februar 1927, abends 7,30 Uhr, im Lokal von Schönemann, Sedanstraße 19-20,

Oeffentlicher Diskussionsabend.

Thema:

Die Klassen in der bürgerlichen Wirtschaft.

Arbeiter, erscheint zahlreich.

II. Unterbezirk.

•

Nachrut.

Am 16. Februar 1927, vormittags 11 Uhr, verschied nach schwerem, langen Leiden unser Genosse Fritz Poch. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Einäscherung findet am Dienstag, den 22. Februar, abends 7 Uhr im Krematorium Baumschulenweg statt. Zahlreiche Beteiligung erbittet

14. Unterbezirk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Druck: Druckerei f. Arbeiter-Literatur, Berlin O. 17.

Sache wirklich bedeutend näher kommen, als das Gebrüll der KPD. über „Verrat".

Die Dinge liegen doch in Wahrheit so, daß in der gegenwärtigen Epoche der sozialen Revolution die Gewerkschaften infolge ihres reformistischen Wesens gezwungen sind, ihr Dasein den jeweiligen Formen der kapitalistischen Machtverhältnisse unterzuordnen. Das heißt: die politischen Krisenstürme, welche aus dem gestörten ökonomischen Kreislauf der kapitalistischen Gesellschaft erwachsen, treiben die Gewerkschaften einfach in das Lager der Konterrevolution. Daß dem nicht nur jetzt in Italien so ist, zeigt klar ein kurzer Rückblick auf die deutsche Gewerkschaftspolitik.

Zu Beginn des Weltkrieges, am 4. August 1914, standen die deutschen Gewerkschaften ebenfalls vor der Frage, entweder den Weg des revolutionären Klassenkampfes gegen die imperialistische Bourgeoisie zu betreten und dies selbst um den Preis der Legalität, oder zu versuchen, in der Einheitsfront mit der kapitalistischen Klasse „die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen". Der erstere Weg bedeutete, die Parole „Krieg dem Kriege, Krieg der Regierung" herauszugeben; bedeutete, mit allen Mitteln und aller Rücksichtslosigkeit den Kampf der proletarischen Massen gegen die eigene Bourgeoisie zu organisieren und vorwärtstreiben; bedeutete mit einem Wort, unerschrocken das Banner der Revolution zu entrollen. Für die Lösung dieser weltpolitischen Aufgabe sind jedoch die nur auf den Kampf und den Verkauf der proletarischen Arbeitskraft eingestellten Gewerkschaften vollkommen unfähig und sie mußten sich deshalb nach der konterrevolutionären Seite hin entscheiden. Sie reichten mit fliegenden Fahnen Seite hin entscheiden. Sie reichten mit fliegenden Fahnen der nationale Einheitsfront ein, schlossen mit dem Imperialismus einen Burgfriedensvertrag, um unter dem Schutze der Militärdiktatur ein Schein- und Trugleben führen zu können. Als linke Flügelmänner des Hierbanns der Bourgeoisie hatten sich die deutschen Gewerkschaftsführer „freie Betätigungsmöglichkeit" erkauft, — aber das gesamte Proletariat war der Geprellte dieser Politik.

Auch nach dem militärischen Zusammenbruch des deutschen Imperialismus im November 1918 spielten die Gewerkschaften ihre burgfriedliche Rolle konsequent weiter. Jetzt, wo trotz des Paktes vom 4. August das revolutionäre Gewitter über die Bourgeoisie hereinbrach, stellten sich die Gewerkschaften wiederum auf die Seite des Klassenfeindes der Arbeiterschaft, um mit der Rettung des Kapitalismus vor der revolutionären Flut ihre eigene Existenz vor dem Untergang zu retten. Die Gewerkschaften haben in den revolutionären Kämpfen des Proletariats gemeinsam mit der SPD. die Rolle des Gallifet gespielt und danach alles getan, um durch Unterstützung des kapitalistischen „Wiederaufbaues", durch Erstützung des kapitalistischen „Wiederaufbaues", durch Errichtung der Schiedsspruch-Guillotine, durch tatkräftige Förderung der massenverelendenden Rationalisierung usw. die Arbeitermassen vor den Wagen der eisernen kapitalistischen Klassendiktatur zu spannen. Sie haben durch ihre kapitalsstützende Politik gerade dem Faschismus den Weg geebnet und Mussolini ein anschauliches Beispiel für die Niederhaltung der klassenbewußten Proletarier geliefert. Und wer in Betracht zieht, daß in den Amsterdamer Verbänden der Geist des revolutionären Klassenkampfes mit der Skiavenpeitsche der „Wirtschaftsdemokratie" systematisch ausgetrieben wird, der ist sich klar darüber, daß auch die deutschen Gewerkschaften mit dem Teufel Faschismus zusammengehen werden, wenn die Arbeiterschaft einen neuen revolutionären Sturm auf die kapitalistischen Bastillen wagt.

Das Ueberlaufen führender italienischer Gewerkschaftsbonzen zum Faschismus ist gewiß ein beispielloser Schurkenstreich, doch die Lumperei dieser „Arbeiterführer" ist nichts anderes als das zwangsläufige Resultat der Gewerkschaftspolitik in der jetzigen revolutionären Epoche des kapitalistischen Niederganges. Die italienischen Gewerkschaften entpuppen sich damit nur offen als ein Bollwerk der Konterrevolution, wie es die deutschen Gewerkschaften in der unheilbaren Krise des Kapitalismus schon unzählige Male getan haben. Indem die KPD.-Führer diese entscheidende Tatsache verschweigen, begehen sie das geschichtliche Verbrechen, den Proletariern den konterrevolutionären Charakter der Amsterdamer Orgeschverbände zu verschleiern. Und indem die KPD.-Bonzen den Arbeitermassen verschweigen, daß der „Fall" D'Aragona nur der historisch bedingte Fall der reformistischen Gewerkschaften ist, entlarven sie sich als die Wegbegleiter und Trabanten des deutschen Sozialfaschismus.

Die in Italien offen zum Faschismus überzeschwenkten Gewerkschaftsführer haben aber ungewollt noch ein anderes Kapitel aufgerollt, das in der Hauptsache die Politik der Gewerkschaftseroberer in einem noch zweifelhafterem Lichte erscheinen läßt, als dies ohnehin der Fall ist. Die Sozialfaschisten geben nämlich als den hauptsächlichsten Grund an, daß ihre früheren — und auch noch jetzigen — Freunde zu den Faschisten übergegangen seien, um sich nicht von den Massen zu „isolieren." Da es in Italien keine anderen „Massenorganisationen" gibt, als die faschistischen, befolgen sie in der Tat nur konsequent den Kurs der KPD. Die Sektionen Moskaus sehen in dem Weg, den D'Aragona und Konsorten gehen, ihre Politik in einem ganz sonderbaren Spiegel. Wenn sie nämlich vorgeben, in den Gewerkschaften zu „arbeiten", die nach Sinowjew „schlimmer sind als die Orgesch", so ist schlecht einzusehen, warum sie denen, die vorgeben, in den faschistischen Organisationen zu „arbeiten", die Konsequenzen ihrer eigenen Politik zum Vorwurf machen. Die „Rote Fahne" brüllt deswegen wie ein geschlagener Hund, weil die Politik der KPD. selbst hier an einer äußerst verwundbaren Stelle entblößt wurde. Wenn sie in den „Massenorganisationen" „arbeiten" will, wo nun einmal die Massen sind, — und die sind in Italien eben in den faschistischen Organisationen, so befolgen die italienischen Gewerkschaftsführer nur, was die KPD. jeden Tag predigt.

Das revolutionäre Proletariat sieht in D'Aragona und Konsorten keine „Lumperei", die außerhalb der Gesamtlinie der Gewerkschaften liegt. D'Aragona und Konsorten gehen nur den Weg zu Ende, den alle gehen müssen, die in den Gewerkschaften „arbeiten" wollen. Das revolutionäre Proletariat sieht in dem „Fall" D'Aragona und Konsorten nur die erneute Bestätigung dafür, daß das Proletariat diese Gewerkschaften zertrümmern muß, sich selbst als Klasse auf der Grundlage der Räte in der Union organisieren muß, um so zu verhüten, daß es in der Stunde der Entscheidung an Händen und Füßen gefesselt, und aktionsunfähig ist. — Denn das die „revolutionären" Gewerkschaftler, die Brandler, Heckert, Böttcher, Pieck usw. kein Haar besser sind als jene Ueberläufer, das weiß nicht nur jeder Arbeiter, der die Augen offen hält, — das hat die geschichtliche Erfahrung deutlich genug bestätigt.

März-Kundgebung der AAU. und KAP. Berlin.
Sonnabend, den 10. März 1923,
in der Schultheiß-Brauerei, Hasenheide 22/31
Die Toten an die Lebenden!
Mitwirkende:
Gesangs-Gemeinschaft Rosebery d'Arguto, M. d. A.S.B.
Rezitationen: Theo Maret. — Ansprache.
Saalöffnung 6,30 Uhr. Anfang pünktlich 7,45 Uhr.
Eintritt 75 Pfg. — Arbeitslose 40 Pfg.
Karten sind zu haben bei allen Funktionären und Zeitungsobleuten der AAU. und KAP. sowie in der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Bln. SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Politische Rundschau

Eine Tagung politischer Eunuchen

Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg-Lausitz der KPD.

Was kann bei einem „Parteitag" herauskommen, wenn es verboten ist Lebensfragen der Partei selbst aufzuwerfen, viel weniger noch sie zur Diskussion zu stellen. Die KPD. hat noch nicht den geringsten Versuch gemacht, um ernsthaft den ungeheuerlichen Vorwurf der Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland zu widerlegen. Sie mußte sogar die nachträgliche und ausdrückliche Rechtfertigung der Bewaffnung der Reichswehr durch Bucharin hinnehmen, ohne daß es ihr erlaubt worden wäre, eine eigene Stellung dazu einzunehmen. Eine solche Partei gleicht einem hirnlosen Körper, soweit er Lebenszeichen von sich gibt, einem Medium, das auf Befehl alles, auch die unglaublichsten Dinge, fertigbringt.

Dieses politische Medium hatte nun einen Bezirksparteitag. Die erste Pflicht dieses Bezirksparteitages wäre gewesen, offen und klar zu dem Granatenskandal Stellung zu nehmen. Davon durfte natürlich keine Rede sein. Pieck und Thälmann kauten den schon hundertmal ausgekauten Goulasch noch einmal durch. Die anwesenden Eunuchen sonnten sich in ihren eigenen „Erfolgen". Diese bestanden eingestandenermaßen darin, daß schon alle reformistischen Elemente hinausgeflogen, und so die Opposition immer mehr an Boden verliert. Aber, trotzdem sich die noch vorhandene „Opposition" recht kläglich benahm, muß die „Rote Fahne" darüber berichten:

„In der Diskussion erhielten die beiden ersten Redner zur Begründung ihres oppositionellen Standpunktes verlängerte Redezeit. Genosse Bartels wird wegen seiner provozierenden Art mehrfach durch stürmische Zwischenrufe unterbrochen. Er zieht die bekannte Walze der Urbahns-Gruppe auf. Das parlamentarische Verhalten der KPD. sei skandalös. Nicht nur die KPD., auch die gesamte Komintern versagt. Die Kommunisten haben das verräterische Verhalten des engl. Generalrats geduldet. Die Sowjetregierung vertrete in ihrer Außenpolitik einen arbeiterfeindlichen Kurs. (Zwischenrufe: Sowjetgranaten, zeigst so wie der „Vorwärts".) Auf dem Brüsseler Kongreß habe die Komintern ihr Gesicht nicht gezeigt, die Führung Toller überlassen. (Stürmische Rufe: Abtreten!)".

Natürlich! Darüber zu diskutieren ist gefährlich und „provokatorisch". Stattdessen wurde die Heimkehr Brandlers und Thalheimers befehlsgemäß empfohlen und begründet, und erklärt, die Partei sei dazu schon „stark" genug, um diese zu verdauen. Nach der Tagung wurde natürlich kräftig die „internationale" gesungen, die bei diesen Zeremonien der KPD. ungefähr dieselbe Rolle spielt, wie das Vaterunser nach der Predigt eines Pfaffen — ein schönes Vorspiel zu dem Reichsparteitag.

„Die reaktionäre Masse" — und die reaktionäre Noske-Partei

Der „Vorwärts" vom 20. Februar glaubt seinen Schäfchen darüber Rechenschaft ablegen zu müssen, daß sie sich einst für den Pfaffen Marx als den von der SPD. auserkorenen Präsidenten der Republik gegenseitig die Köpfe einschlugen, und nun gar, daß sie gemeinsam die zentrale Figur des „Bürgerblocks" darstellt. Natürlich macht der „Vorwärts" das auf seine Art. Ausgehend von der Notwendigkeit einer Politik des „größeren und kleineren Uebels", weist er logisch nach, daß es auch in Zukunft keine andere Möglichkeit gäbe, sonst müsse man auch jede Koalitionspolitik prinzipiell ablehnen, was auf eine reaktionäre Sektiererei hinausliefe, die doch Marx und Engels schon verworfen hätten.

Der Schreiber der Stampfer-Partei „vergißt" dabei nur die Kleinigkeit, daß Marx und Engels sich lediglich dagegen wandten, daß man das nach den bürgerlichen Parteien folgende Proletariat mit der Bourgeoisie an sich in einen Topf wirft, ohne zu berücksichtigen, daß dessen gesellschaftliche Stellung es immer wieder in Kampfstellung mit der Bourgeoisie bringen wird, also ein grundsätzlicher Unterschied besteht zwischen dem noch nicht klassenbewußten Proletariat und den bewußt kapitalistischen und reaktionären Parteien. Der Schreiber der Stampfer-Partei „vergißt" zum anderen, daß Marx und Engel von einer Taktik reden, die bedingt, war zum Vorabend der bürgerlichen Revolution. Den Beschluß dieses Kapitels im „Kommunistischen Manifest" bildet der Satz: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Absichten und Ansichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung."

Die Stampferpartei mit ihrer bürgerlichen Politik hat in dem Moment, wo die proletarische Revolution ihr Haupt erhob, selbst einen Teil jener reaktionären Masse gebildet, zu der ihre Politik des „kleineren Uebels" zwangläufig führen mußte. Wenn sie sich heute, wo diese Politik lediglich der Erhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft dient, glaubt auf Marx und Engels berufen zu müssen, so zeigt sie nur allzu deutlich das Bestreben, die Tatsache zu verdunkeln, daß sie gemeinsam mit der Bourgeoisie, die im historischen Sinne auch einmal bürgerlich revolutionär kämpfte — daß sie heute mit derselben Bourgeoisie gegen die proletarische Revolution kämpft, wofür ihre Kriegspolitik und ihre konterrevolutionäre Rolle in den Revolutionskämpfen blutiges Zeugnis ablegen. Mit demselben Recht, mit dem sich heute die Noske-Partei auf Marx und Engels beruft, konnte dies jede „linke" bürgerliche Partei in ihrem Kampfe „gegen die Reaktion" — gegen diese reaktionäre Masse einschließlich der SPD. das Proletariat in Kampfstellung zu bringen, um durch die Massenaktion der proletarischen Revolution zum Sieg zu verhelfen. Das ist proletarische Klassenpolitik. Dabei wird allerdings auch die Einheitsfront der KPD. mit der SPD. und Vitus Heller zum Teufel gehen.

Das Blutregiment in Schanghai

Nach übereinstimmenden Meldungen besteht kein Zweifel darüber, daß der chinesische Polizeipräsident von Schanghai, Wu-Po-Tscheng, ein Untergeneral des Marschalls Sun, in den beiden letzten Tagen in der Stadt ein wahres Schreckensregiment geführt hat. Ueber tausend Personen, denen nichts anderes als Streikpostenstehen und die Verteilung von Flugzetteln zur Last gelegt werden konnte, wurden von den Militärkommandos verhaftet und standrechtlich ohne jedes zivilrechtliche Verfahren erschossen.

Wie WTB. meldet, veröffentlichen alle Blätter ausführliche Meldungen über die Massenhinrichtungen in den Straßen der Chinesenstadt von Schanghai. Ueberall seien die abgeschlagenen Köpfe hingerichteter Studenten und Streikposten in Käfigen und auf Pfählen zur Schau gestellt.

Tausende haben sich in das Gebiet der internationalen Konzessionen geflüchtet, wo sie, sofern sie mit der Führung des Streiks verquickt sind, von den ausländischen Freiwilligen verhaftet wurden. Der chinesische Polizeipräsident von Schanghai fordert ihre Auslieferung. Trotz dieses Terrors und der teilweisen Rückkehr von Arbeitern zur Arbeit hat sich am Montag die Anzahl der Streikenden gegenüber Sonnabend verdreifacht.

Am Montag ist in Schanghai ein weiteres britisches Bataillon des Suffolk-Regiments von Hongkong und eine Batterie leichte indische Artillerie eingetroffen.

Es besteht auch nicht der geringste Zweifel, daß die chinesische Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen den landesfremden Imperialismus das Proletariat lediglich als Kanonenfutter benützt, und daß die ausbeuterischen Leichen größtenteils Proletarierleichen sind, während die chinesische Bourgeoisie bereits versucht, zu einem „Modus vivendi" zu kommen, wie aus folgender Meldung hervorgeht.

WTB. Hankau, 21. Februar. Amtlich wird bekanntgegeben, daß der Gesandtschaftsrat O'Malley und der Minister des Aeußeren der Kantonregierung Tschen gestern abend ein englisch-chinesisches Abkommen unterzeichnet haben.

Wie der Amtliche Britische Funkdienst mitteilt, bezieht sich das am Sonnabend in Hankau unterzeichnete Abkommen zwischen O'Malley und Tschen auf die künftige Rechtslage der britischen Konzession in Hankau. Ueber seinen Inhalt verlautet, daß bis zum 15. März die Polizeigewalt und die Leitung der öffentlichen Arbeiten in der Konzession in den Händen der jetzigen chinesischen Behörden bleiben sollen. Am 15. März soll auf der allgemeinen Jahresversammlung der Steuerzahler der Konzession die Auflösung der alten britischen Munizipalverwaltung ausgesprochen und die Verwaltung einer neuen Körperschaft übertragen werden, die von der nationalen Regierung nach dem Vorbild der Einrichtungen in den unter besonderer Verwaltung stehenden Bezirken gebildet werden wird.

*

Es erübrigt sich, hinzuzufügen, daß die zweite Internationale trotz aller schönen Reden, die erst kürzlich in Paris gehalten wurden, diesem Wüten des englischen Imperialismus passiv gegenübersteht- weil die englischen Gewerkschaften und sogleich auch die Arbeiterpartei im Interesse „ihres" Imperialismus statt einer unfruchtbaren Debatte über die rein theoretischen Verfehlungen des heutigen Sozialismus gefragt werden, worin mündet jene Entwicklung, die ihn als eine Ware auf den Markt bringt.

Die Idee ist eine gar merkwürdige Ware. Man kauft und verkauft sie; man beginnt mit ihr ganz reutable Geschäfte zu machen, — bis man plötzlich merkt, daß man ein anderes Ding als zuvor in den Händen hat. — Manchem geht es hierbei wie dem biederen Bauersmann, der ein feuriges Roß zu kaufen glaubte, dieweilen er eine armselige Schindmähre nach Hause brachte. Denn auf der Jagd nach dem Tauschwert verliert die Idee ihren Gebrauchswert. Es ist dieselbe Dialektik der sozialen Verhältnisse, die die japanischen Mädchen veranlaßt, durch außerehelichen Geschlechtsverkehr sich die zur Gründung des ehelichen Glücks notwendigen Mittel zu verschaffen. Auch die Idee wird auf dem Markte zum Allerweltsmädchen, verliert ihre ursprüngliche Frische und vergißt ihren Daseinszweck.

Wenn das überhaupt von Ideen, die Ware geworden sind, gilt, um wieviel mehr vom Sozialismus, der doch unter den Waren eine ganz eigenartige Idee ist... Er vermeint in die ganze auf den Warencharakter gegründete Gesellschaftsordnung und will eben den Warencharakter der Güter aufheben. Man kann sich also leicht vorstellen, welche Opfer er bringen muß, um auf dem Markte zur Geltung zu kommen. Auf dem Gipfel des Ruhmes wird er sich dann ihrer Unverhältnismäßigkeit bewußt und gerade das, was ihm ursprünglich die Gunst der Abnehmer erwarb, beginnt ihm schließlich zu mangeln: Seinen eigenartigen Charakter, der ihn von den Konkurrenzideen deutlich abhebt. So schlägt dann auch seine Beliebtheit in ihr Gegenteil um. Alle, die in ihm seine Eigenart schätzen, drohen sich von ihm abzuwenden; und in demselben Augenblick, indem er den Markt endgültig erobert zu haben scheint, will ihm dieser entschwinden. Dagegen gibt es nur eine einzige Rettung: Zu jenem alten Geschäftsverfahren zurückzukehren, durch das er groß und beliebt geworden ist.

Diese Erkenntnis wird auch nicht auf sich warten lassen. Schon befinden wir uns, wie es scheint, in ihrem Zeichen. Und es ist wahrhaftig die höchste Zeit, denn auch dort, wo Ideen als Ware auftreten, darf man nicht mit dem Strome treiben, es kann sonst zum Zusammenbruch kommen. Aber zum Glück unterscheiden sich lebensfähige Ideen von totgeborenen dadurch, daß ihr Gebrauchswert stets den Sieg über ihren Tauschwert davontragen muß. Der Sozialismus als Ware sah sich genötigt, den Kreuzzug der Marxgesetze durchzumachen. Und diesselben Gesetze werden ihn zwingen, wieder die nämliche Flaggte zu hissen, die ihm einstmals die Welt eroberte.

Der Leninismus und die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland

(Schluß.)

Betrachten wir aber die Begründung, die Lenin dieser von ihm früher abgelehnten Taktik zu geben versucht. In demselben Brief an die amerikanischen Arbeiter schreibt er:

„Das amerikanische Volk hat schon längst, und zwar zum Vorteil der Revolution, diese Taktik angewandt. Als die Amerikaner ihren großen Befreiungskrieg gegen ihre Unterdrücker, die Engländer, führten, hatten sie auch mit anderen Unterdrückern, Franzosen und Spaniern zu tun, denen damals ein Teil der jetzigen Vereinigten Staaten von Nordamerika gehörte. In seinem schweren Befreiungskampfe schloß damals das amerikanische Volk „Abkommen" mit dem einen Unterdrücker gegen die anderen, um die Unterdrücker zu schwächen und diejenigen zu stärken, die gegen die Unterdrückung kämpften — also im Interesse der großen Masse der Unterdrückten. Das amerikanische Volk nutzte den Antagonismus zwischen den Franzosen und den Engländern aus, kämpfte zuweilen sogar gemeinsam mit den Armeen der einen Unterdrücker, der Franzosen und Spanier gegen die anderen Unterdrücker, die Engländer; und so überwand es zuerst die Engländer und machte sich dann (zum Teil mit Hilfe des Loskaufs) von den Franzosen und Spaniern frei."[1])

Mit dem Beispiel des amerikanischen Krieges um die Unabhängigkeit von England vor 150 Jahren möchte Lenin beweisen, daß das Bündnis einer revolutionären Arbeiterregierung mit einem kapitalistischen Staat zum Kampf mit einem anderen kapitalistischen Staat, eine „prinzipielle zulässige und überhaupt taugliche Methode" des Befreiungskampfes der Unterdrückten ist. Keiner, der die Geschichte des amerikanischen Kampfes um seine Unabhängigkeit kennt, kann die große Bedeutung der Unterstützung, die sie von Spanien und Frankreich bekommen haben, in dem sie ihre Gegensätze mit England ausnützten, leugnen.

Mit diesem Beispiel aber die Taktik einer revolutionären Arbeiterregierung begründen und rechtfertigen zu wollen — das bedeutet, den Boden des Marxismus und der Dialektik zu verlassen.

Der Befreiungskampf der nordamerikanischen Staaten vor 150 Jahren war ein Kampf der jungen amerikanischen Bourgeoisie (überwiegend Handelsbourgeoisie) um die Unabhängigkeit von der englischen. Deshalb trug ihr Kampf einen nationalen Charakter. Der Kampf der Arbeiterklasse ist dagegen ein Kampf um den Sozialismus, um den Kommunismus, und als solchen trägt er einen internationalen Charakter. Deshalb ist die Taktik, die für eine nationale revolutionäre Regierung gegenüber den kapitalistischen Staaten „prinzipiell" zulässig und tauglich" ist, ist für eine „revolutionäre Arbeiterregierung" „prinzipiell unzulässig und untauglich."

Lenin macht aber auch nicht den geringsten Versuch, den Unterschied des Charakters zwischen einer national revolutionären Regierung und dem Charakter des Kampfes einer siegreichen Arbeiterklasse festzustellen. Er schmeißt alles in einen Topf, indem er mit abstrakten Begriffen Volk und Unterdrückten operiert. Nur auf diese Weise kann er eine Scheinbegründung und Rechtfertigung der bolschewistischen Abkommen mit den bürgerlichen Staaten geben: nur auf diese Weise konnte er seinen Mameluken und auch dem russischen Proletariat ein Argument zur „Rechtfertigung" des Verrats, wie es die Bewaffnung der deutschen Konterrevolution durch die Bolschewiki ist, hinterlassen. Der Unterschied in dem Charakter des nordamerikanischen Unabhängigkeitskampfes und dem des Kampfes einer siegreichen Arbeiterklasse nicht zu verstehen, und einer revolutionären Arbeiterregierung vorschreiben zu wollen, in ihren Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten der Taktik einer national revolutionären Regierung zu folgen — das bedeutet für einen revolutionären Internationalisten auf das Niveau eines erbärmlichen Nationalisten herabzusinken.

Die Bewaffnung der deutschen Bourgeoisie durch die russische Regierung als Folge der Taktik, die Lenin in seinem Brief an die amerikanischen Arbeiter als „prinzipiell zulässig und tauglich" für die siegreiche Arbeiterklasse und ihre Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten vorteilhaft, ist ein anschauliches Beispiel für ihren grundsätzlich konterrevolutionären Charakter. Wir müssen unterstreichen, daß das Konterrevolutionäre der Leninschen Taktik nicht nur darin besteht, daß unter gewissen Umständen (wie es hier der Fall ist) das Bündnis der sogenannten revolutionären Arbeiterregierung mit einem kapitalistischen Staat, die Bewaffnung der herrschenden Bourgeoisie des verbündeten Staates gegen das Proletariat zu Folge haben braucht; es ist sogar möglich, daß ein solches Bündnis umgekehrt die Bewaffnung der sogenannten revolutionären Arbeiterregierung durch die verbündeten kapitalistischen Staaten zur Folge hat.[2]) Auch in dem letzten Fall — ohne die Bewaffnung der Bourgeoisie des verbündeten kapitalistischen Staates, ist die Leninsche Taktik des Bündnis mit einem kapitalistischen Staat gegen einen anderen konterrevolutionär, prinzipiell und unzulässig und untauglich für die Regierung einer siegreichen Arbeiterklasse. Das wollen wir an dem Beispiel der bolschewistischen Taktik und damit der 3. Internationale und der KPD. im besonderen während 1923 zeigen.

Die Politik der Bolschewiki und der KPD. 1923 sowie der Ruhrkrieg selbst, sind eine Folge der bolschewistischen Bündnispolitik mit einem kapitalistischen Land und der Konsequenzen einer solchen Politik. Ohne den Rapollo-Vertrag und seine geheimen, militärpolitischen Klauseln, die ihren Ausdruck später in dem vom Herbst 1922 abgeschlossenen Geheimvertrag über die Verlegung eines Teiles der deutschen Rüstungsindustrie nach Rußland zur Bewaffnung Deutschlands bekommen haben, hätte die deutsche Bourgeoisie nicht gewagt, den Bestimmungen des Versailler Vertrages Widerstand zu leisten und damit den Ruhrkrieg hervorzurufen. Andererseits ist es klar, daß, wenn die Bolschewiki in einem Bündnis mit Deutschland Frankreich am Rhein schlagen wollten, sie und ihre deutsche Sektion, die KPD., nicht gleichzeitig das deutsche Proletariat zum Kampf und Aufstand gegen die eigene Bourgeoisie aufrufen konnten. Denn das hätte bedeutet, ihre Verbündeten kampfunfähig zu machen und auf diese Weise das Bündnis zu schwächen. Karl Radeck schrieb 1923 mit Recht: „Mit 15 Millionen Proletarier gegen sich kann man keinen Kampf nach außen führen.[3]) Wenn die Bolschewiki den Sieg über Frankreich wollten — und darin allein kann der Sinn eines Bündnisses mit Deutschland liegen — so mußten sie durch ihre deutschen Anhänger, die KPD., um die Herstellung des Burgfriedens zwischen dem Proletariat und seinen Klassenfeinden besorgt sein. Und das geschah. Parallel mit der militärpolitischen Vorbereitung des Ruhrkrieges versäumten die Bolschewiki nicht, die theoretische Begründung und Rechtfertigung des Burgfriedens zu geben. In derselben Zeit, wo der Vertrag über die Verlegung eines Teiles der deutschen Rüstungsindustrie nach Rußland abgeschlossen wurde, formulierte Bucharin die folgende, programmatische These der 3. Internationale:

„Es gibt hier keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis. Und ich behaupte, daß wir schon so gewachsen sind, daß wir ein militärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie schließen können, um mittels dieses bürgerlichen Staates ein anderes Bürgertum niederzuschmettern. Was später sein wird, unter zewissen Kräfteverhältnissen, können Sie sicht leicht vorstellen, das ist eine Frage der rein strategisch-taktischen Zweckmäßigkeit. So soll man das im Programm aufstellen.

„Bei dieser Form der Landesverteidigung des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Block zum Siege zu verhelfen."[4])

Das bedeutet, daß das Proletariat eines Landes, das im Bündnis mit Rußland ist, einen Burgfrieden mit seiner Bourgeoisie schließen muß und unter ihrem Kommando sein Vaterland zu verteidigen, denn Bürgerkrieg bedeutet wenigstens für eine gewisse Zeit — Schwächung dieses Bündnisses. Und das geschah in Deutschland während 1923, natürlich in der verschleierten Form einer stillen Koalition zwischen der Kanow-Regierung und der KPD. — Bucharin gibt dies selbst zu. In seiner Rede vor der 15. Moskauer Gouvernements-Konferenz am 8. Januar d. Js. sagte er:

„Ihr wißt alle ausgezeichnet, daß Deutschland seinerzeit die friedlichste Tendenz uns gegenüber verkörpert hat, wobei der Umstand eine ungeheure Rolle spielte, daß Deutschland vorübergehend einer nationalen Unterjochung, einer Erniedrigung, einer direkten Ausplünderung seitens der imperialistischen Staaten ausgesetzt war. Ich erwähne hier übrigens, daß es sowohl unsere Partei, als auch sämtliche anderen kommunistischen Parteien, gerade in Anbetracht dieser besonderen Lage Deutschlands mit vollem Recht für möglich gehalten haben, sogar ein bürgerliches Deutschland gegen die Versailler Vereinigung seitens der imperialistischen Staaten zu verteidigen."[5])

Wenn auch in der Tasche „Ueber die Internationale Lage und die Aufgaben der kommunistischen Internationale" gesagt wird: „Zugleich mußte die deutsche Arbeiterklasse alles tun, um den Sturz der eigenen Bourgeoisie und die Errichtung der deutschen Sowjet-Republik zu beschleunigen" — so ist das eine leere Phrase, die den konterrevolutionären Charakter dieser Politik verdecken soll. Die Ergebnisse der Politik der 3. Internationale und der KPD. von 1923 zeigte das am klarsten.

Die proletarische Revolution ist kein mechanischer Akt, der befohlen wird; die proletarische Revolution ist der Endpunkt eines Prozesses, und dieser Prozeß ist der Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Außerdem wird dieser Prozeß von lebendigen, denkenden Menschen getragen, und deshalb ist für seine Entwicklung und seinen Ausgang von entscheidender Bedeutung, inwieweit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und seine Lösung zum Bewußtsein gekommen ist. Diesen Kampf kann keine Partei fördern, die den Burgfrieden predigt. Eine proletarische Partei, die den Burgfrieden zwischen Bourgeoisie und Proletariat predigt, kann nicht die Entwicklung und die Vertiefung des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit fördern, denn das bedeutet Bürgerkrieg, Revolution. Und in Wirklichkeit, im Interesse der „Verteidigung" des deutschen Vaterlandes" — wie sich neulich Bucharin ausdrückte, liquidierte die KPD. 1923 den Massenstreik im Ruhrgebiet; sie widersetzte sich mit aller Kraft und mit allen Mitteln der Bewegung des Kanow-Streik im August in einen Kampf um die politische Macht und Uebernahme der Produktion vorwärtstreiben. Auf diese Weise wurde die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie gerettet, und die Niederlage des Proletariats zum 2. Male 1923 von der KPD. und den Bolschewiki verursacht. Die schwarze Reichswehr, geschaffen unter der Duldung der schweigenden KPD., angeblich dafür bestimmt, den „französischen Imperialismus" zu beseitigen, war notwendig im Kampfe um die „Verteidigung des Vaterlandes". Und die russischen Granaten, angeblich bestimmt für die Niederlage Frankreichs, erwiesen sich als notwendig für die blutige Niederwerfung der wenigen deutschen Proletarier — in Hamburg und Sachsen — die nicht genügend bolschewisiert waren, um das schwere Kreuz des Burgfriedens bis zum Ende zu tragen, das ihnen die Politik der 3. Internationale und der Bolschewiki auferlegt hatte. Aber auch ohne die russischen Granaten, allein durch die Burgfriedenspolitik der Bolschewiki, war die Herrschaft der Bourgeoisie und die Niederlage des Proletariats 1923 gesichert.

Die sogenannte „Oktober-Niederlage" hatte also ihre unmittelbare Ursache in der bolschewistischen Politik des Bündnisses mit einem kapitalistischen Staate gegen einen anderen, also in der Taktik, die Lenin in seinem Brief an die amerikanischen Arbeiter als die Politik einer siegreichen Arbeiterklasse hinstellen möchte. Die Behauptung, daß die „Oktober-Niederlage" 1923 lediglich auf die falsche Politik Brandlers zurück-

[1]) N. Lenin. Ein Brief an die amerikanischen Arbeiter. (Kl. Bibl. der Russ. Korresp. Nr. 23—24, Seite 15—16.)

[2]) *

[3]) „Inprekorr." Wochenausgabe Nr. 38, 22. Septb. 1923.

[4]) Protokoll des 4. Kongresses der Kl. 1923, Verlag der Kl., Seite 428.)

[5]) „Inprekorr." Nr. 11, 25. Januar 1927, Seite 203.

Der Sozialismus als Ware

Zur Soziologie der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

IV.

Aber zum Wesen der Warenzirkulation gehört nicht nur das Bedürfnis, den Markt vor etwaigen Erschütterungen sicherzustellen, es gilt auch, ihn zu beherrschen, den Konkurrenten zu überwinden: Nicht nur durch bessere Ware und billigere Preise, sondern auch durch Abschaffung jeder Monopolstellung seiner Artikel. Der Handelsverkehr gibt dieser Tendenz einen ausgeprägten Ausdruck in den Warenhäusern. Das Prinzip des Warenhauses ist: Nicht nur billig zu verkaufen, sondern auch alles zu verkaufen. Die Konkurrenz gar nicht bieten können, was man nicht auch seinerseits auf Lager hat. Keine Monopolartikel! Der ganze Bedarf von der Automobilhupe bis zum Bismarckheringsoll bei einer Firma gedeckt werden können, wird zur Idealmaxime des Warenhauses. Dieselbe Maxime liegt auch der Tätigkeit jener Verfechter sozialistischer Theorien zugrunde, die Lohnarbeiter geworden sind. Auch für sie es es desto leichter, ihre Ware zu verkaufen, je weniger zahlreich die Bezugsquellen für sie sind, je seltener die Gefahr, daß der Käufer von der Konkurrenz abgefangen wird, kurz, je mehr es gelingt, die Art Warenhaus für Idealgüter in größter Quantität und für jede Geschmacksrichtung zu begründen.

Der theoretische Inhalt des wissenschaftlichen Sozialismus wurde dadurch auch stärkste betroffen, namentlich jede Sucht, ihn mit allen möglichen geistigen Erzeugnissen zusammenzukoppeln, die besonders zu Anfang dieses Jahrhunderts grassierte, liefert einen sicheren Beweis für die Wirkungen, die der Warencharakter des Sozialismus auf dessen Integrität ausüben kann, sofern man sich ihm willen- und widerstandslos hingibt. Wie der Parlamentarismus unter gewissen Bedingungen in Kretinismus ausartet, so wird auch der Sozialismus im Augenblick seiner Gleichberechtigung auf dem Weltmarkte der Idee von einem derartigen Taumel ergriffen, daß die einzige Möglichkeit eines Entrinnens nur in der rechtzeitigen Erkenntnis der veränderten Bedingungen besteht, unter denen die sozialistische Kopfarbeit innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft sich vollziehen muß. Nur dies ermöglicht es, den inneren Sinn der eben erwähnten Zusammenkoppelungsversuche zu erfassen. Welcher Ideengang lag ihnen — bewußt oder unbewußt — zugrunde?

Nun, handelspolitisch, wie man heutzutage zu sagen pflegt, ist das Geheimnis sehr durchsichtig. Man erwäge offenbar folgendes: Marx ist gut. Aber daneben gibt es doch noch manch ein anderes Schöne. Soll, wer darauf reflektiert, der Konkurrenz überlassen werden? Mit nichten! Und somit wurden alle Schleusen aufgemacht.

Kant und Nietzsche, Avenarius und James — alle wurden entsprechend „verarbeitet". Dieser neue Marxistenschlag hat sozusagen alles auf Lager und kann es geradezu nicht dulden, daß sich bei den bürgerlichen Lieferanten etwas findet, das „wir" nicht hätten herstellen können. Daher die Sucht, alle Modeströmungen des bürgerlichen Geisteslebens mitzumachen, sie auszunutzen, aus ihnen Kapital zu schlagen. Man hat das oft als ein psychologisches

zuführen ist, ist falsch und eine Demagogie gegenüber den empörten KPD.-Arbeitern.

Summierend können wir schließen: Die Taktik des Bündnisses einer revolutionären Arbeiterregierung mit einem kapitalistischen Staat gegen einen anderen, die Lenin selber selbst als prinzipiell unzulässig und überhaupt untauglich ablehnte, ist die Taktik einer national-revolutionären Regierung, die eine nationale Aufgabe und keine Verpflichtungen gegenüber dem internationalen Proletariat zu erfüllen hat. Als Taktik einer revolutionären Arbeiterregierung ist sie die verkörperte Konterrevolution, denn sie hat zur unvermeidlichen Folge die Ausnützung der Autorität und des Einflusses dieser revolutionären Arbeiterregierung über das internationale Proletariat für die Herstellung des Burgfriedens mit der Bourgeoisie des verbündeten kapitalistischen Staates.

Hirtsiefer

Der Name Hirtsiefer ist für die Leser der „Roten Fahne" zum Programm geworden, so etwa wie „Sowjet"rußland und die chinesischen Generale. Seit Wochen kommt der Name Hirtsiefer in dem deutschen Ableger der „Prawda" täglich mindestens fünfmal in fingerdicken Schlagzeilen vor. Hirtsiefer ist — entgegen „Sowjet"rußland und China — der meistgehaßte Mann der 100prozentig durchbolschewisierten Fanatiker. Hirtsiefer schreien seit Wochen alle Litfaßsäulen, RFB.-Trommeln und -Schalmeien.

Was ist's mit dem Hirtsiefer?

Herr Hirtsiefer ist „Wohlfahrts"minister der preußisch-demokratisch-sozialdemokratischen Kapitalsregierung und hat eine Verordnung erlassen — ohne das Parlament — nach welcher gewerbliche Räume — Läden und Industriewerkstätten — aus der Zwangswirtschaft herausgenommen, also gekündigt und in der Miete gesteigert werden können.

Das ist alles!

Die deutschnationalen Wähler, die von der Auswucherung der Arbeiter einen herrlichen Tag leben, können von den Hanspaschas geschröpft werden, soweit sie es ertragen.

Und zum Schutze dieser reaktionärsten kommunistenfresserischen Krämer macht die KPD. seit Wochen ein Geschrei, als hätte Rußland die Gehälter gesperrt. Um der Krämer willen führt die KPD. seit Wochen Redeschlachten in Versammlungen und im Landtag. Um der Hirtsiefer-Verordnung wegen hat es im Landtag blutige Köpfe gegeben, wurde Herr Kellermann, vom Rußland angestellter Außenhandelsbeamter und Landtagsabgeordneter, von einem Landtagsdiener verprügelt und wurde dafür noch für 8 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen. Um der Prügelei wegen versprach der Landtagspräsident wiedervorkommendenfalls die Schupo zur Hilfe zu nehmen. Um Kellermanns Prügel wegen soll eine Verordnung erlassen werden, die ausgeschlossenen Parlamentariern die Diäten und die Freifahrkarte entzieht.

Daß es um Hirtsiefer keine Revolution geben wird, liegt einzig daran, weil ohne Diäten und Freifahrkarte die Parlamentarier keine Revolution anordnen können.

Es muß immerhin schlecht bestellt sein mit der Lenin-Religion der Arbeiter-Mitglieder der KPD., daß diese um die Seelen des monarchistischen Krämerpacks werben muß zum Stimmenfang für die nächsten Wahlen. Die Proletarier aber sollten bedenken, daß das kleine Ausbeuterungsziefer der gefährlichere Feind der proletarischen Befreiung ist. Die Krämer sind es, die bei allen Rebellionen die Bütteln, die Teno und Einwohnerwehren, die Schutzgarden für das Großkapital abgeben. Mit dem Großkapital würde das Proletariat leicht fertig. Die Kapitalschädlinge, Trustmagnaten haben so einen feinen Geruch, daß sie Pulverdampf nicht riechen, geschweige kann ein Schießgewehr handhaben können.

Da aber liegt auch der Hase im Pfeffer! Die KPD. muß im Interesse des russischen Aufbaues das Großkapital schützen und deshalb tritt sie für dessen Stützen ein.

Der Berliner Arbeitsmarkt

Die Berliner Arbeitslosenstatistik weist für die vorige Woche eine Verminderung der Arbeitslosenziffer um 120 auf gegen 9091 in der vorhergehenden Woche. Die Zahl der von der Erwerbslosen-„fürsorge" ausgeschlossenen Unterstützungsempfänger ist wieder um 6364 gestiegen. Es handelt sich dabei wohl fast durchweg um Proletarier, die ein volles Jahr Unterstützung bezogen haben, die also schon vollständig verelendet sind. Von den „Ausgesteuerten" haben die Bezirksämter der Stadt Berlin 270 und die Krisenfürsorge 1995 auf. Diese beiden Kategorien sind die 120, die die Statistik gegenüber der Vorwoche weniger aufweist, also 2265 gegenüber 1835, von den 6364 Ausgesteuerten abgesehen, von zusätzlich 4429 Erwerbslose, die insgesamt weniger unterstützt wurden als in der Vorwoche. Dazu kommt noch die Zahl von 261, die gegenüber der Vorwoche weniger Notstandsarbeiten weniger beschäftigt wurden. Da zu Notstandsarbeiten vorwiegend „Ausgesteuerte" herangezogen werden, beträgt die Zahl der in voriger Woche neu aufgetretenen Arbeitslosen entweder 261 oder 2265. Auch ohne die von den Gewerkschaften vorgeschlagene, geförderte und gesetzliche „Erwerbslosenversicherung".

Nach dem Bericht des Berliner Landesarbeitsamtes waren in Berlin am 19. Februar 274 783 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 274 903 in der Vorwoche. Darunter befanden sich 165 347 (184 041) männliche und 89 436 (90 862) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 120 178 (124 354) männliche und 53 211 (55 289) weibliche. Insgesamt 173 389 (179 753) Personen. Außerdem wurden noch 36 918 (36 648) Personen durch die Erwerbslosenfürsorge der Stadtgemeinde Berlin und 24 978 (23 532) Personen durch die Krisenfürsorge unterstützt. Bei Notstandsarbeiten wurden 2019 (2280) Personen beschäftigt.

Die Statistik der Umstehenden, die wir schon des öfteren gebracht haben, tritt in der Berichtswoche wieder scharf in Erscheinung. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen ist wieder um 3006 gestiegen, während die Zahl der weiblichen Arbeitslosen um 1576 sank.

Die Bewegung am Berliner Arbeitsmarkt lehrt das Proletariat dreierlei:

Erstens die Tendenz der Rationalisierung: Hinauswurf der männlichen Arbeiter und die stärkere Ausbeutung der billigeren weiblichen Arbeitskraft.

Zweitens: Daß die Arbeitslosigkeit trotz der „Statistik" des Berliner Arbeitsamts steigende Tendenz hat.

Drittens: Die Blüte der Berliner Metallindustriellen für weitere „Rationalisierungen", d. h. Lohnabbau, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Um dies zu erkennen, müssen wir zurückrollen auf die Bewegung am Berliner Arbeitsmarkt in der Vorwoche. In die Berliner Metallindustrie eben dieses Blick werfen und ebenso in die Nadelstichtaktik der Gewerkschaftsführer.

In der Vorwoche nahm die Arbeitslosenziffer in Berlin um rund 9000 ab. Die Wirtschaftslage gibt dafür keine Erklärung, wohl aber der Arbeitsbeginn. Die Arbeiter begannen sich ganz instinktiv zu rühren gegen den ungeheuren Druck auf Lohn- und Arbeitsbedingungen. Um eine Explosion zu verhüten, um Ablenkung zu schaffen und die Unruhe der Arbeiter in die gewerkschaftlich-schiedsgerichtlichen Geleise zu lenken und dort verlaufen zu lassen, hat der Metallarbeiterverband den Lohntarif zum 31. März gekündigt. Die Gewerkschaftsbesitzer rechnen damit, daß bis dahin die Kämpfe der Metallarbeiter in Sachsen und die kleineren, lokalisierten im Reich niedergeschlagen und die Arbeiter unterlegen, ausgehungert und abgekämpft in die Betriebe zurückgekehrt sein werden und daß dann die Berliner Metallarbeiter durch einige Abstimmungen zur „Ruhe und Ordnung" gebracht werden können.

Die Unternehmer der Berliner Metallindustrie arbeiten mit dem Unternehmertum in dieser Richtung durch gemeinsame Sitzungen Hand in Hand. Die Metallindustrie hat seit der Tarifkündigung flott Arbeiter eingestellt. Die 9000 der Vorwoche entfallen zum größten Teil auf die Metallindustrie. Nach dem Ausweis des Berliner Arbeitsamts entfielen von den 9000 Einstellungen der Vorwoche allein 2700 auf gelernte Metallarbeiter. Außerdem läßt die Metallindustrie seit der Tarifkündigung in nie dagewesenem Ausmaße Ueberstunden arbeiten. Es werden die dringendsten Aufträge aufgearbeitet und dann können die Metallarbeiter in Berlin streiken nach Herzenslust. Die Unternehmer werden dabei keinen Hunger leiden. Und der englische Bergarbeiterstreik, der Hamburger Hafenarbeiterstreik und der jetzige sächsische Metallarbeiterstreik genügen als Beweis dafür, daß auch die Berliner Metallarbeiter isoliert, sanktioniert, gewerkschaftsdiszipliniert verbluten werden, wenn — sie nicht das Schwergewicht ihres Kampfes darauf verwenden, zuerst die Gewerkschaften zu zertrümmern, um dann als kämpfende Arbeiter die Solidarität der Arbeiterklasse aufzurufen und als Klasse den Machtkampf aufzunehmen.

Aus der Bewegung

Hamburg

Vorwärtshetze, Sowjetgranaten und Proletariat.

Unter obigem Thema hatten die Ortsgruppen der KAPD. und der Allgemeinen Arbeiter-Union am Dienstag, den 15. d. Mts., zu einem öffentlichen Diskussionsabend eingeladen. Der Referent bewies an Hand eines reichlichen Materials, daß Rußland die Reichswehr bewaffnet und diese Tatsache in der Entwicklung Rußlands zum Kapitalismus begründet liegt. Es gehört zu den Erfordernissen eines kapitalistischen Landes, daß bei dem Versuch, Absatzgebiete sich zu erobern, es sich bestimmter politischer Mittel bedienen muß, um im Konzert der kapitalistischen Mächte die Gegensätze ausnutzend, sich selbst eine Position zu schaffen. Daher für Rußland Bündnis mit den unterdrückten Völkern. Die Komintern mit ihren Sektionen als die leichte Kavallerie für die Außenpolitik Sowjetrußlands muß daher bei allen Mächten, die für Rußland bündnisfähig sind, die Proletarier für die Verteidigung ihres Vaterlandes einspannen. Die KPD. hat schon längst ihren 4. August erlebt; während des passiven Widerstandes war sie die nationalste Partei Deutschlands. Also konstatieren wir, die ideologische Einheitsfront mit der SPD. Die KPD. hat daher keinerlei Ursache, sich über die Vorwärtshetze zu beklagen. Die SPD., die von der Errichtung einer Militärindustrie in Rußland gewußt, ja, sie unter der Aegide Eberts bewußt gefördert hat, griff zu diesen Enthüllungen, um ihre durch die letzte Regierungskrise erschütterte Position zu verbessern und durch einen Druck auf die Regierung als Machtfaktor sich aufzuspielen. Die KAPD. hat die Pflicht, da die Enthüllungen der SPD. auch den Zweck haben, den Kommunismus zu diskreditieren, diese Dinge vor dem Forum des revolutionären Proletariats aufzurollen und einer Partei, die in den Fußtapfen der Sozialdemokratie wandelt, wie die KPD., den allerschärfsten Kampf anzusagen. Die Diskussion hatte zur Folge, daß Mitglieder des Erwerbslosenrates in Hamburg an uns herantraten und uns baten, bei den Erwerbslosen ein Referat über die Lage der Erwerbslosen und den Verrat der KPD., SPD. und Gewerkschaften zu halten.

Oeffentliche Erwerbslosenversammlung Hamburg.

In Hamburg hat sich die Erwerbslosenbewegung gespalten. Der eine Teil wird von der KPD. beherrscht, deren Rat vom Arbeitsamt anerkannt ist, während der andere Teil geführt wird von einem Konglomerat von Anarchisten, Parteilosen und ausgeschlossenen KPD.-Leuten. Diese fordern zur Bildung eines Erwerbslosen-Bundes auf. Wie sich herausstellte, war diese Versammlung nur für erwerbslose Metallarbeiter einberufen. Unser Genosse wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß, wenn die Erwerbslosen ihr Schicksal ändern wollten, sie sich darüber klar werden müßten, daß ihr Los mit dem der Arbeitenden in den Betrieben aufs engste verbunden ist, und daß die Erwerbslosen wie das gesamte Proletariat mit dem Berufsdünkel aufzuräumen haben. Nicht sektionsweise nach Berufen, sondern ohne Unterschied der Beschäftigung auf den Nachweisen und in den Betrieben muß sich das revolutionäre Proletariat zusammenschließen. Die Betriebsorganisationen auf der Grundlage des Rätesystems aufgebaut, sind die Waffe, mit der das Proletariat imstande ist, dem Kapitalismus zu Leibe zu gehen. Der Kapitalismus, der sich in seiner Krise windet, stößt immer größere Massen auf die Straße. Die Erwerbslosigkeit ist Dauerzustand geworden. Die sogenannten Klassenkampforganisationen sind ein Stück des Kapitalismus und in den Spitzen mit ihm zusammengewachsen. Sie sind gezwungen, im Interesse des Wiederaufbaues das Proletariat bei der Stange zu halten. Alle Maßnahmen, die der Kapitalismus getroffen, oder die er jetzt trifft, um durch die Rationalisierung seine Konkurrenz- und Lebensfähigkeit zu heben, findet die Förderung der Gewerkschaften. Auf der andern Seite sorgt die SPD. mit Unterstützung der KPD. dafür, daß alle Rebellionen des Proletariats im Keime erstickt werden. (Siehe Hamburger Hafenarbeiterstreik.) Bei der Schilderung der Rolle der Moskauer Sozialdemokratie fing eine Kolonne, die zum Sprengen von dem gesamten Erwerbslosenrat Bestellt war, an zu toben. Einige Reichsbannerer und Sozialdemokraten verteilten die Anwesenden. Unser Genosse war imstande, durch einen Appell an die bewußten Proletarier sich durchzusetzen und den lamatisierten Proletariern der KPD. klarzumachen, daß ihr Gebaren nichts mit Klassenbewußtsein zu tun hat, sondern eine Art religiösen Wahnsinns darstellt. Er zeigte dann auf, daß die Einheitsfront, die von der KPD. erstrebt wird, die Einheitsfront mit der Konterrevolution ist, und schloß damit, daß man mit dem gemeinschaftlichen Einigkeitsliedchen aufräumen muß, daß das revolutionäre Proletariat sich erst klar werden muß über seine Aufgaben, um dann zielweisend im Kampfe vorzugehen. Die Mehrheit des Proletariats zu sammeln. Die darauf folgende Diskussion zeigte, wohin die verbrecherische Taktik der Gewerkschaften und parlamentarischen Arbeiterverräter das Proletariat treibt. Die Moskauer Sozialdemokraten versuchten, nachdem ihr Bürgerschaftsmitglied Becker sich ausgeschimpft hatte, die Versammlung zu sprengen; mit dem üblichen Kriegsgeschrei von Himmel vom Roten Jungsturm und die Gläubigen Moskaus ab. Die denkenden Proletarier, die in erheblicher Anzahl zurückgeblieben, gaben ihren Abscheu über dieses Gebaren der KPD. in Einheit mit RFB. und Reichsbanner kräftigen Ausdruck. Nunmehr konnte die Diskussion fortgesetzt werden. Fast alle Diskussionsredner waren mit dem Referenten darin einig, daß mit dem Berufsdünkel aufgeräumt werden müßte und die Erwerbslosen keine Sonderinteressen neben den anderen Proletariern hätten. Sonst zeigte die Diskussion ein buntes Durcheinander. Politisch Geschichtslose, Anarchisten, Physikraten, Band der Parteilosen und Syndikalisten gaben ihre Heilswahrheit zum Besten. Die Ausführungen des Syndikalisten verdienen aber noch besonders hervorgehoben zu werden. Er stellte ganz frei und brav die Behauptung auf, daß sich der Kapitalismus in seinem Aufstieg befinde und sehr wohl imstande sei, die Bedürfnisse der breiten Massen zu befriedigen durch Steigerung der Löhne etc. Wäre also der Kapitalismus in der Lage, sich einen inneren Markt zu schaffen, und damit hoppla sich an dem eigenen Schopf nehmend, aus dem Sumpfe herausziehen. Ein Genosse der Allgemeinen Arbeiter-Union bewies den Proletariern an Hand des verzapften Irrsinns seiner Vorredner, daß das Proletariat sich nicht für alle möglichen Wolkenkukucksheimschäden einsetzen könne, sondern daß es darauf ankomme, nicht nur die Dinge zu erklären, sondern sie zu ändern, daß gerade die Erwerbslosen als diejenigen, die am meisten gedrückt sind, durch ihren Zusammenschluß auf der Grundlage der Allgemeinen Arbeiter-Union den Hebel für das Vorwärtstreiben der proletarischen Revolution bilden würden. Die Kommunistische Arbeiter-Partei und Allgemeine Arbeiterunion werden mit allen Mitteln versuchen, die revolutionäre Bewegung des Proletariats auf den Boden des Klassenkampfes zu bringen und durch ihre Propaganda sowie die Tat die wirkliche revolutionäre Einheitsfront erstehen zu lassen.

Der „Klassenkampf" der KPD.

Mit chinesischen Generalen und Feudalherren.

Von einem Teilnehmer an dem Chinesenrummel der KPD. wird uns geschrieben:

Ave imperator, morituri te salutant
Heil Dir, Kaiser, die dem Tode Geweihten grüßen Dich!

So größen die zu den blutigen Kampfspielen bestimmten Sklaven im alten Rom den gnädigen Herrn, zu dessen Unterhaltung zu sterben sie die hohe Ehre hatten. Olle Kamellen? Durchaus nicht! Sogar äußerst aktuell. Es ist eine Affenschande, daß es heute noch Proleten gibt, die noch nicht einmal soviel Idealismus im Leibe haben, freudig, ohne den geringsten kritischen Gedanken, ihre ganze Kraft, ja, ihr ganzes Leben für die Nep-Bourgeoisie hinzugeben. Es ist traurig, wenn Proleten immer an sich selbst, an ihre eigenen Interessen denken und außerdem ist es antibolschewistisch. Das große Ereignis, daß zwei richtiggehende chinesische Generale in Berlin zu Proleten gesprochen haben, muß nun auch dem letzten Proleten die Augen geöffnet haben. Die großen Ankündigungen in der „Roten Fahne" haben keine Enttäuschungen gebracht. Zwei große Massenkundgebungen hatte uns die Zentrale gnädigst gewährt. Das große, ergreifende Erleben dieses Abends wird allen Anwesenden in dauernder Erinnerung bleiben.

Es ist nicht möglich, all das Erlebte in Worten wiederzugeben. Beschränken wir uns also auf einen trockenen Bericht. Dekoration großartig — viel rotes Tuch — der Hintergrund der Bühne: Eine Landkarte mit „Sowjet"rußland und der Aufschrift: „Hände weg von Sowjetrußland"!

Links und rechts an den Kulissen: Bilder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, seitlich der Bühne ein Riesenbild von Lenin mit goldenem Heiligenschein. Auf der Bühne: RFB.-Kapelle und Festleitung. Publikum: Gut bolschewistisch Denkende, oder besser: nichtdenkende Arbeiter.

Eröffnungsmusik! — Da — da schaut alles zur Tür. — —Ein orkanastiger Sturm bricht los. — Teddy Thälmann erscheint persönlich — nickt nach allen Seiten — begibt sich auf die Bühne — —zieht sich Mantel, Jacke und Strickweste aus und zieht das Versammlungsjackett an. — Der Sturm hat sich gelegt.

2. Musikstück.

3. Musikstück.

Da — da bricht wieder ein Sturm los — — fünf leibhaftige Chinesen betreten den Saal — werden auf die Bühne geführt — ergreifender Anblick. Nun hatte aber die Regie versagt — es waren nämlich gar nicht die richtigen Chinesen, die Generale, Rittergutsbesitzer, Industriebarone usw. waren nämlich zu Ausflüchten verfallen sind. Für denkende Arbeiter ist ein solch unverschämter Appell an die Massendummheit nur ein Ansporn, nicht eher zu ruhen, bis den gewissenlosen Gliedern aus Stalin-Beamten die Maske vom Gesicht gerissen ist.

„Der Kadaver der Granatenhetze des Wels und Stampfer vergessen nur noch die Redaktionsräume des „Vorwärts"? — Gemach, ihr Herren, wir sind auch noch da!

Fest steht, daß dieser „Arbeiterstaat" den Wels und Stampfer die Munition lieferte zur Niederschlagung der deutschen Revolution! Ist dies etwa irgendwo widerlegt worden? Nein!! Fest steht, daß diese innige Verbindung von Stalin über Wels bis Seeckt bestand von 1921 bis heute! — Und daß sie noch besteht! Hat dies etwa Tschitscherin geleugnet? Nein! Hat dies etwa die „Prawda" geleugnet? Nein! Hat dies die russische Regierung geleugnet? Nein! Hat es die deutsche Bourgeoisie geleugnet? Nein! Diese Tatsache bleibt bestehen und ist nicht widerlegt, kann nicht widerlegt werden! Sie ist nach dem Programm der „3. Internationale" auch absolut korrekt. Fest steht, daß Moskau jahrelang dieselben Banden mit Waffen ausrüsten half, die Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und jene unzähligen revolutionären Arbeiter hinmordeten, die heute der grüne Rasen deckt. Fest steht, daß der deutsch-russische Vertrag bis heute fortbesteht, und das Proletariat ebensowenig hinter die Kulissen dieses Vertrages sehen kann, wie es dies die ganzen Jahre nicht konnte und auch niemals können wird, solange die Bourgeoisie herrscht. Daß die Nekkarpartei mit ihren Enthüllungen nur von Ihren Verbrechen ablenken möchte, braucht dem revolutionären Proletariat keine Partei zu erzählen, die — dasselbe will!

Rußland ist bedroht? Der „Arbeiterstaat" soll verteidigt werden? Ist denn diese Schurkerei der fortlaufenden Bewaffnung der Konterrevolution gegen das Proletariat noch nicht Beweis genug, daß diese Phrase von „Arbeiterstaat" eine elende, dumme, freche Verhöhnung des Proletariats ist? Diesen „Arbeiterstaat" verteidigen heißt die Konterrevolution verteidigen! Diesen „Arbeiterstaat" verteidigen heißt die Bewaffnung der Konterrevolution, die massenweise Hinmordung des deutschen revolutionären Proletariats gutheißen. Diesen „Arbeiterstaat" verteidigen heißt eine Politik verteidigen, die auf der einen Seite das Proletariat zum bewaffneten Aufstand auffordert und auf der anderen Seite die Munitionszufuhr für die weiße Armee organisiert, und dann die zusammengeschossenen und in die Zuchthäuser geworfenen Proleten noch als Beweise für die Richtigkeit dieser Politik ins Feld zu führen sucht. Die erst zum Aufstand auffordert, sich zu gleicher Zeit mit der Konterrevolution verbündet und dieser zum Sieg verhilft, und zuletzt als Hyäne des Schlachtfeldes „Rote Hilfe" organisiert, die die verratenen Proleten noch zu bezahlen haben, damit Geld in die Kasse kommt für den immer mehr anschwellenden Beamtenklüngel. Einen solchen „Arbeiterstaat" zu verteidigen, das heißt Selbstmord begehen, das heißt die Opfer der Revolution schänden, das heißt die kommunistische, die revolutionäre Bewegung zu einer Idiotie herabzuwürdigen, das heißt den Henkern der Revolution die blutbefleckten Hände zu küssen!

Die Note des englischen Imperialismus an Rußland beleuchtet den englisch-russischen Konflikt, der kein Konflikt zwischen einem Arbeiterstaat und einem imperialistischen Staat ist, sondern ein Konflikt zwischen dem russischen und englischen Imperialismus. Dieser Konflikt ist — jetzt, nach der Niederlage des russischen Proletariats — wieder der alte Konflikt zwischen Rußland und England, der schon vor dem Kriege bestand. Moskau sucht dem englischen Imperialismus im Osten das Wasser abzugraben, es unterstützt die bürgerliche Revolution in China nicht um dieser bürgerlichen Revolution willen, sondern um der Schwächung des englischen Imperialismus willen! Moskau unterstützt nicht die erwachende Arbeiterklasse in China, sondern die chinesische nationale Bourgeoisie! Die Offiziere der Kantonarmee, chinesische Rittergutsbesitzer und Bourgeois, lassen sich mit dem Trottel Thälmann zusammen photographieren und werden zu Ehrenmitgliedern des RFB. ernannt. In den Fabriken dieser „Ehrenmitglieder jedoch werden die Kinder der chinesischen Kulis und Arbeiter mit Peitsche und Fußtritten zu unbegrenzt langer Fron gezwungen, bis sie neben den Maschinen umfallen und in den verpesteten Fabriken schlafen, bis sie wieder brutal zur Arbeit gestoßen werden. Moskau unterstützte nicht den Streik der englischen Arbeiter um der englischen Arbeiter willen! Er kam ihm darauf an, ihn möglichst lange hinauszuziehen, um durch Naphtalieferungen gute Geschäfte zu machen, und um die imperialistischen Kräfte im Lande zu fesseln. Von einem Kampf um die Revolution war gar keine Rede. Diese Methode der Ausnützung von Schwierigkeiten des Gegners ist jedem kapitalistischen Lande eigen. Die Kehrseite dieser Politik ist ja gerade die politische und militärische Unterstützung andrer kapitalistischer Länder, die einen Kampf gegen dieselben kapitalistischen Rivalen führen. Die „Unterstützung" des englischen Bergarbeiterstreiks ist aus denselben Motiven geboren wie die Bewaffnung der Reichswehr, die nur eine Seite der Unterstützung des Kapitals im Kampfe gegen Frankreich war während des Ruhrkrieges; oder die Unterstützung der türkischen Bourgeoisie, die die Kommunisten während der türkisch-griechischen Kriegsmassenweise erledigte mit Waffen und Munition des „Arbeiterstaates". Die Presse der 3. Internationale bringt über die Gefängnisgreuel in der Türkei, über die ermordeten Revolutionäre kein Wort, weil dies die Freundschaft Moskaus mit der türkischen Regierung stören würde. Diese rein kapitalistische Außenpolitik Moskaus entspricht dem kapitalistischen Gesamtcharakter der gesamten gesellschaftlichen Zustände in Rußland selbst, in dem die arbeitslosen für die kapitalistisch orientierten Bauern und die Nep-Bourgeoisie hungern, die Proletarier, ihre Arbeitskraft dem Staats- oder Privatkapital verkaufen müssen und aus deren Schweiß eine immer reicher werdende Stadt- und Dorf-Bourgeoisie Kapital akkumuliert. Eine Verteidigung dieses Rußland bedeutet eine Verteidigung der russischen Bourgeoisie und der arbeiterfeindlichen Bauern zugunsten einer anderen Bourgeoisie.

Das revolutionäre Proletariat setzt dieser konterrevolutionären Politik seine internationale Klassenkampf-Politik entgegen, dem Geschrei: Hände weg von Rußland, die Parole: Hände weg von der proletarischen Revolution.

Es gilt nicht das Nep-Rußland zu verteidigen, sondern es gilt die proletarische Revolution zu verteidigen. Moskau verbündet sich mit der einen gegen die andere Bourgeoise und möchte das Proletariat der verbündeten Bourgeoisie im Interesse des kapitalistischen Rußland zum Burgfrieden zwingen. Das Proletariat kämpft in internationaler Front gegen jede Bourgeoisie, das Proletariat eines jeden Landes gegen die Bourgeoisie auch der „unterdrückten" Länder, wie Moskau diejenigen kapitalistischen Länder bezeichnet, zu denen es in „freundschaftlichen" Beziehungen steht. Ein solch „unterdrücktes" Land war ja auch nach der Theorie Bucharins das Deutschland der überfüllten Zuchthäuser, das Deutschland des Noske-Kurses, das Deutschland des unerhörtesten weißen Terrors.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei und Allgemeine Arbeiter-Union haben den Kurs, den Moskau seit 1921 steuerte, gesehen, und 1921 den Kampf gegen diese Politik aufgenommen. Ihre Fahne ist rein! Sie haben gekämpft und kämpfen weiter für Loslösung des Proletariats von der Einheitsfront Moskau—Amsterdam, für die Loslösung des Proletariats von jeder bürgerlichen Politik. Die KAPD. kämpft nicht für die Illusion eines kapitalistischen Friedens, sondern sieht ihre Aufgabe darin, die Arbeiterklasse ideologisch vorzubereiten, um über kurz oder lang ausbrechenden kriegerischen Konflikten die ideologische und organisatorische Klassenkampfeinheit der kommunistischen Vorhut und so weit als möglich des Proletariats als Klasse überhaupt entgegensetzen zu können.

Dieser Sammlungsprozeß kann sich nur vollziehen im Kampf gegen alle offenen und heimlichen Verbrecher an der proletarischen Revolution. — Aber er wird sich vollziehen zum Schrecken nicht nur der Noske-Partei, sondern auch zum Schrecken der Moskauer Zuhälter dieser Partei, die ihre verbrecherische Politik mit den Verbrechen der Sozialdemokratie verdecken möchte. Daran werden auf die Dauer weder die KPD.-Zentrale fabrizierte Telegramme über den Fall Schanghais, noch das Ablenkungsmanöver von einem Krieg gegen „Sowjet"rußland" etwas ändern.

8. Jahrg. Nr. 16

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Februar 1927
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Der „Krieg gegen die Sowjetunion"

Ein Ablenkungsmanöver!

Mit einer geradezu krankhaften Gier stürzt sich die KPD. auf die von England an Rußland gerichtete Note. Jetzt geht der Krieg gegen den „Arbeiterstaat" los. Jetzt ja nicht mehr von den „Granaten" reden. Jetzt her die Brust, die die Kugeln auffängt, die gegen den „Arbeiterstaat" gerichtet sind, gegen das „sozialistische Land". Auch das deutsche Kapital ist mit im Bunde.

Das revolutionäre Proletariat hat ob solcher Hysterie nur ein verächtliches Lachen. Um gleich bei der Todeinschaft zwischen dem deutschen Kapital und dem „Arbeiterstaat" zu beginnen: Wenn dieser Arbeiterstaat die deutsche Reichswehr bewaffnet und dann das Proletariat aufruft zur Verteidigung des „Arbeiterstaates", der von derselben Reichswehr bedroht ist, so kann ein solcher Appell nur von den Arbeitern ernst genommen werden, die dem idiotismus der Moskauer Politik bereits rettungslos verfallen sind. Für denkende Arbeiter ist ein solch unverschämter Appell an die Massendummheit nur ein Ansporn, nicht eher zu ruhen, bis den gewissenlosen Gliedern aus Stalin-Beamten die Maske vom Gesicht gerissen ist.

„Der Kadaver der Granatenhetze des Wels und Stampfer vergessen nur noch die Redaktionsräume des „Vorwärts"? — Gemach, ihr Herren, wir sind auch noch da!

Fest steht, daß dieser „Arbeiterstaat" den Wels und Stampfer die Munition lieferte zur Niederschlagung der deutschen Revolution! Ist dies etwa irgendwo widerlegt worden? Nein!! Fest steht, daß diese innige Verbindung von Stalin über Wels bis Seeckt bestand von 1921 bis heute! — Und daß sie noch besteht! Hat dies etwa Tschitscherin geleugnet? Nein! Hat dies etwa die „Prawda" geleugnet? Nein! Hat dies die russische Regierung geleugnet? Nein! Hat es die deutsche Bourgeoisie geleugnet? Nein! Diese Tatsache bleibt bestehen und ist nicht widerlegt, kann nicht widerlegt werden! Sie ist nach dem Programm der „3. Internationale" auch absolut korrekt. Fest steht, daß Moskau jahrelang dieselben Banden mit Waffen ausrüsten half, die Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und jene unzähligen revolutionären Arbeiter hinmordeten, die heute der grüne Rasen deckt. Fest steht, daß der deutsch-russische Vertrag bis heute fortbesteht, und das Proletariat ebensowenig hinter die Kulissen dieses Vertrages sehen kann, wie es dies die ganzen Jahre nicht konnte und auch niemals können wird, solange die Bourgeoisie herrscht. Daß die Nekkarpartei mit ihren Enthüllungen nur von Ihren Verbrechen ablenken möchte, braucht dem revolutionären Proletariat keine Partei zu erzählen, die — dasselbe will!

Rußland ist bedroht? Der „Arbeiterstaat" soll verteidigt werden? Ist denn diese Schurkerei der fortlaufenden Bewaffnung der Konterrevolution gegen das Proletariat noch nicht Beweis genug, daß diese Phrase von „Arbeiterstaat" eine elende, dumme, freche Verhöhnung des Proletariats ist? Diesen „Arbeiterstaat" verteidigen heißt die Konterrevolution verteidigen! Diesen „Arbeiterstaat" verteidigen heißt die Bewaffnung der Konterrevolution, die massenweise Hinmordung des deutschen revolutionären Proletariats gutheißen. Diesen „Arbeiterstaat" verteidigen heißt eine Politik verteidigen, die auf der einen Seite das Proletariat zum bewaffneten Aufstand auffordert und auf der anderen Seite die Munitionszufuhr für die weiße Armee organisiert, und dann die zusammengeschossenen und in die Zuchthäuser geworfenen Proleten noch als Beweise für die Richtigkeit dieser Politik ins Feld zu führen sucht. Die erst zum Aufstand auffordert, sich zu gleicher Zeit mit der Konterrevolution verbündet und dieser zum Sieg verhilft, und zuletzt als Hyäne des Schlachtfeldes „Rote Hilfe" organisiert, die die verratenen Proleten noch zu bezahlen haben, damit Geld in die Kasse kommt für den immer mehr anschwellenden Beamtenklüngel. Einen solchen „Arbeiterstaat" zu verteidigen, das heißt Selbstmord begehen, das heißt die Opfer der Revolution schänden, das heißt die kommunistische, die revolutionäre Bewegung zu einer Idiotie herabzuwürdigen, das heißt den Henkern der Revolution die blutbefleckten Hände zu küssen!

Die Note des englischen Imperialismus an Rußland beleuchtet den englisch-russischen Konflikt, der kein Konflikt zwischen einem Arbeiterstaat und einem imperialistischen Staat ist, sondern ein Konflikt zwischen dem russischen und englischen Imperialismus. Dieser Konflikt ist — jetzt, nach der Niederlage des russischen Proletariats — wieder der alte Konflikt zwischen Rußland und England, der schon vor dem Kriege bestand. Moskau sucht dem englischen Imperialismus im Osten das Wasser abzugraben, es unterstützt die bürgerliche Revolution in China nicht um dieser bürgerlichen Revolution willen, sondern um der Schwächung des englischen Imperialismus willen! Moskau unterstützt nicht die erwachende Arbeiterklasse in China, sondern die chinesische nationale Bourgeoisie! Die Offiziere der Kantonarmee, chinesische Rittergutsbesitzer und Bourgeois, lassen sich mit dem Trottel Thälmann zusammen photographieren und werden zu Ehrenmitgliedern des RFB. ernannt. In den Fabriken dieser „Ehrenmitglieder jedoch werden die Kinder der chinesischen Kulis und Arbeiter mit Peitsche und Fußtritten zu unbegrenzt langer Fron gezwungen, bis sie neben den Maschinen umfallen und in den verpesteten Fabriken schlafen, bis sie wieder brutal zur Arbeit gestoßen werden. Moskau unterstützte nicht den Streik der englischen Arbeiter um der englischen Arbeiter willen! Er kam ihm darauf an, ihn möglichst lange hinauszuziehen, um durch Naphtalieferungen gute Geschäfte zu machen, und um die imperialistischen Kräfte im Lande zu fesseln. Von einem Kampf um die Revolution war gar keine Rede. Diese Methode der Ausnützung von Schwierigkeiten des Gegners ist jedem kapitalistischen Lande eigen. Die Kehrseite dieser Politik ist ja gerade die politische und militärische Unterstützung andrer kapitalistischer Länder, die einen Kampf gegen dieselben kapitalistischen Rivalen führen. Die „Unterstützung" des englischen Bergarbeiterstreiks ist aus denselben Motiven geboren wie die Bewaffnung der Reichswehr, die nur eine Seite der Unterstützung des Kapitals im Kampfe gegen Frankreich war während des Ruhrkrieges; oder die Unterstützung der türkischen Bourgeoisie, die die Kommunisten während der türkisch-griechischen Kriegsmassenweise erledigte mit Waffen und Munition des „Arbeiterstaates". Die Presse der 3. Internationale bringt über die Gefängnisgreuel in der Türkei, über die ermordeten Revolutionäre kein Wort, weil dies die Freundschaft Moskaus mit der türkischen Regierung stören würde. Diese rein kapitalistische Außenpolitik Moska